

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen.

Postkontos: Dresden 1530
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 63.

Montag, 16. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. von rechts, 4. von oben: 6 Spalten, 25 Gold-Pfennige, die 8. von rechts: 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Neudruck: 1. Abdruck, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Richtigkeitsunterstützung: Ergahler „a. z. Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die grundsätzliche Bedeutung der Präsidentenwahl.

Die bevorstehende Neuwahl des Reichspräsidenten wird nach übereinstimmender Auffassung der maßgebenden politischen Kreise sowohl für die innere als auch die auswärtige Politik von größter Bedeutung sein. Die Tragweite des endgültigen Ausganges der Wahl besteht in erster Linie darin, daß der neue Reichspräsident mehr oder weniger als der wichtigste Faktor für den künftigen Kurs der deutschen Politik angesehen wird. Obwohl die Rechte des Präsidenten in der Verfassung ziemlich eng umgrenzt sind, wird es darauf ankommen, ob der Kandidat der Rechten, Dr. Jarres, oder der Exponent der Politik der Mitte, Marx, die Präsidentenwahl übernehmen wird. Bei den letzten Wahlen war die Initiative in hohem Grade dem Reichspräsidenten überlassen worden, von dessen Gesichtspunkt aus, eine Verständigung mit der Regierungsbildung zu betreiben, die imstande war, eine Lösung der Regierungskrisis herbeizuführen. Bei den Wahlen, die in der politischen Lage eintreten können, ist es nach wie vor von größter Wichtigkeit, daß der Reichspräsident nicht parteipolitisch gebunden ist und nach freiem Ermessen seine Dispositionen zu treffen vermag.

Ein Sieg der Kandidatur Jarres würde eine erhebliche Festigung des Reichsblocks im Reich bedeuten, während ein Erfolg des früheren Reichskanzlers Marx die Rückkehr zur Politik der Mitte darstellen würde. Besonders wichtig ist in politischen Kreisen die unbedingte Zuverlässigkeit des Reichspräsidenten gegenüber der Reichsregierung. Man glaubt, daß mit Ausnahme des kommunistischen Kandidaten Thälmann alle anderen Anwärter auf die Reichspräsidentenwahl ohne weiteres geneigt sind, die Verfassung zu respektieren und die Rechte der Volksoberkeit zu wahren. Da jedoch der verantwortliche Leiter der Reichspolitik der Reichsregierung ist, so wäre es ganz falsch, wenn von irgendeiner Seite die grundsätzliche Bedeutung der Präsidentenwahl übertrieben werden sollte.

Den Parteien kommt es eigentlich mehr darauf an, daß eine Persönlichkeit die Reichspräsidentenwahl übernimmt, die mit dem parlamentarischen Leben genügend vertraut ist, um in den schwierigen Situationen die Lage klären zu können. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß möglicherweise schon sehr bald die Frage in Erwägung gezogen werden muß, ob es nicht angebracht erscheint, die Rechte des Reichspräsidenten zu erweitern und die diesbezüglichen Bestimmungen der Reichsverfassung abzuändern. Wie wir hören, heben namentlich die Rechten auf dem Standpunkt, daß eine solche Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten eine unerläßliche Voraussetzung für die künftige politische Entwicklung in Deutschland ist. Schon jetzt muß daher in Erwägung gezogen werden, welcher der von den Parteien in Vorschlag gebrachten Kandidaten für das verantwortliche Amt am meisten geeignet ist. Je nach der politischen Einstellung werden nun Dr. Jarres und der frühere Reichskanzler Marx in den Vordergrund gestellt. Je unklarer die Situation im gegenwärtigen Augenblick erscheint, desto eifriger sind diejenigen Kräfte am Werke, die in weitem Voranschritt der Dinge alle Vorbereitungen für den zweiten Wahlgang schon jetzt zu treffen beabsichtigen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß nach Beendigung des ersten Wahlganges neue interparteiliche Verhandlungen über eine bürgerliche Einheitskandidatur zustande kommen. Auf der anderen Seite sind die Parteien gegenwärtig fast ausschließlich darauf eingestellt, den Erfolg ihres eigenen Kandidaten zu sichern, jedoch alle Bemühungen zur Wiederherstellung der zerbrochenen Geschlossenheit vorläufig zur Erfolglosigkeit verdammt sein werden.

Große deutschfeindliche Kundgebungen.

Kattowitz. (Funkpruch.) Gestern fanden in Kattowitz, Rybnik und Tarnowitz große deutschfeindliche Kundgebungen gegen eine Veränderung der Westgrenzen Polens statt. Die Eisenbahndirektion hatte Extrazüge eingesetzt. Es wurden aufreizende Reden gehalten, in denen verlangt wurde, die Deutschen, wenn nötig, mit Gewalt aus Polen zu entfernen. In einem Demonstrationsszug wurde ein Wagen mitgeführt, an dem eine lebensgroße Puppe in deutscher Uniform aufgenäht war. Nach Schluß der Reden ging die mehrtausendköpfige Menge unter Schmährufen auf die Deutschen und auf Englands Verhalten im Völkerbund, auseinander. Zu Tätlichkeiten ist es nicht gekommen.

Fortschritte in der außenpolitischen Lage.

Berlin, 16. März.

Aus maßgebenden außenpolitischen Kreisen erfahren wir, daß durch den Verlauf der Genfer Völkerbundsberatungen zweifellos erhebliche Fortschritte in der Frage der Sicherheiten erzielt worden sind. In Berlin erwartet man nunmehr mit einiger Spannung das Ergebnis der neuerlichen Aussprache zwischen dem englischen Außenminister Chamberlain und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot, von dem wahrscheinlich auch der Inhalt der endgültigen Mitteilung der alliierten Regierungen an Deutschland abhängen wird. Diese Mitteilung dürfte nach den neuerlichen Meldungen eine weitere Verständigung erlauben, aber keinesfalls später als Anfang April an Deutschland ergehen.

Die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl.



Dr. Karl Jarres
Kandidat
der Rechten



Otto Braun
Kandidat
der Sozialdemokraten



Dr. Wilhelm Marx
Kandidat des Zentrums



Dr. Willy Hellbach
Kandidat der Demokraten

Aufruf des Reichsblocks.

An das deutsche Volk!

Zum ersten Male werden die deutschen Wähler und Wählerinnen am 29. März an die Wahlurne gerufen, um für sieben Jahre einen Reichspräsidenten zu wählen.

An diesem historischen Tage müssen alle Grenzen der Partei, der Konfession und des Standes fallen.

Die Wähler sollen nur den besten und würdigsten Mann berufen, deshalb haben sich die Vertreter derjenigen Parteien, die fast die Mehrheit aller deutschen Wähler hinter sich wissen, gemeinsam mit Vertretern vaterländischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände zum Reichsblock vereinigt. Sie haben sich nach reiflicher Erwägung entschlossen, dem deutschen Volk für die Wahl zum Reichspräsidenten Herrn Oberbürgermeister

Dr. Jarres

in Duisburg, vormaligen Reichsminister des Innern und Vizekanzler, zu empfehlen. Dabei war für den Reichsblock maßgebend, daß Herr Dr. Jarres ein Mann ist von großer Erfahrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ein lauterer Charakter, ein Mann des sozialen Fortschritts und leidenschaftlicher christlicher Gesinnung, bewährt als Vorkämpfer deutscher Freiheit für Rhein und Ruhr.

Dr. Jarres vereinigt in sich die Eigenschaften guter deutscher Art und leistet Gewähr für eine sachliche, gerechte Führung der Geschäfte, für Einheit der Verwaltung in allen Dingen. Er hat in schwerer Zeit seine Person rückwärts für Staat und Volk eingesetzt. Er hat als Staatsmann die Einheit des Reiches in vertrauensvoller, gemeinsamer Arbeit mit den Regierungen aller deutschen Länder gefestigt.

Die vereinigten Parteien und Verbände fordern alle deutschen Frauen und Männer und die deutsche Jugend auf, für den Kandidaten des Reichsblocks zu werben. Ueberall sind Wahlschäfte zu bilden und Geld zu sammeln. Bei härtester Anstrengung aller Kräfte kann der Sieg schon im ersten Wahlgang errungen werden. Unsere Parole ist:

Die Einheit der Deutschen, die Einheit des öffentlichen Lebens, das Staatswohl über den Parteiegoismus!
Ein Weg — ein Wille!

Berlin, den 14. März 1925.

Der Reichsblock.

gez. Staatsminister v. Loebell.

Es folgen eine große Reihe von Unterschriften, darunter die Namen: Hindenburg, Tirpitz, Graf Kalkreuth, Graf Weizsäcker, Berlin, Staatsminister Wallraf, Berlin, v. Vorfig, Berlin u. a.

Ungelöste Lage im Eisenbahnerstreik.

Der Schiedsspruch abgelehnt.

Dresden. In einer Konferenz, die der Bezirksvorstand und die Vertreter aller streikenden Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Sachsen, gestern in Dresden abhielten, wurde der gefällte Schiedsspruch abgelehnt und der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes beauftragt, den Kampf sofort weiter zu verbreiten. Ferner wurde beschloffen, daß kein Streikender im Bezirk Sachsen die Arbeit wieder aufzunehmen habe, wenn die Reichsbahnhauptverwaltung hierzu auffordern sollte.

Berlin. Eine Verammlung der streikenden Eisenbahner von Groß-Berlin nahm gestern zu dem Schiedsspruch Stellung. Der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes Dreffel betonte, man müsse den Weisungen der Organisationen in jedem Falle, also auch der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit im Falle einer Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs, folgen. Die Verammlung nahm eine Entschließung an, in der die Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Eisenbahner erklärt wird. Außerdem wurde auch über mehrere von radikalere Seite eingebrachte Entschließungen, in denen die Ausdehnung des Generalstreiks gefordert wird, unter dem Druck der Verammlung abgestimmt und diese mit großer Mehrheit angenommen.

Streikabnahme in Berlin.

Berlin. Der Lokalanzeiger berichtet: Der Stand des Eisenbahnerstreiks zeigt nach den neuesten Meldungen eine kleine Abnahme. Es haben sich hundert Streikende zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet. Es wird damit gerechnet, daß heute vormittag weitere Meldungen in den einzelnen Bezirken erfolgen werden.

Eberfeld. (Funkpruch.) Zum Schiedsspruch im Eisenbahnerstreik teilt der Deutsche Eisenbahnerverband mit: Die am Sonntag, den 15. März vermittelten Anknüpfungen des Deutschen Eisenbahnerverbandes Bezirk Eberfeld lehnten einstimmig den Schiedsspruch ab. Die Bezirksleitung wurde beauftragt, die Eisenbahner in Berlin auf die Erregung im Bezirk Eberfeld aufmerksam zu machen und die Ablehnung des Schiedsspruchs zu empfehlen.

Die blutigen Vorgänge in Halle.

Berlin. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Durch die bisherigen Ermittlungen über den blutigen Zusammenstoß in Halle anläßlich einer kommunistischen Wahlversammlung am 13. d. Mts. ist bisher festgestellt:

In der kommunistischen Wahlversammlung, die von etwa 2000 Teilnehmern besucht war, hat ungeachtet eines vom Polizeipräsidenten der Versammlungsleitung rechtzeitig mitgeteilten Verbots des Zutretens ausländischer Redner ein englischer Redner das Wort ergriffen. Auf Veranlassung des überwachen Beamten wies der leitende Polizeioffizier, nachdem er sich den Weg bis zur Rednertribüne gebahnt hatte, wiederholt den Versammlungsleiter und den Redner auf das ergangene Verbot hin. Um die beginnende Erregung der Versammlungsteilnehmer zu beruhigen, erklärte der Polizeioffizier, auf einem Tische liegend, mit lauter Stimme, daß die Versammlung als solche nicht geföhrt, nur die behördliche Anordnung durchgeföhrt werden sollte. In diesem Augenblicke sah der Polizeioffizier, daß ein Mann auf der Galerie einen Revolver gegen ihn richtete und losföhrt. Unmittelbar darauf fiel von der Galerie aus dem Saal eine ganze Anzahl von Schüssen in so schneller Folge, daß die Beamten sich einer Maschinenwelle gegenüber glaubten. Als zu allem die Menge die Beamten aus ihrer bedrängte, gaben nun auch diese zu ihrer Verteidigung in der Notwehr, ohne besonderen Verzicht erkalten zu haben, Schüsse ab. Die Versammlungsteilnehmer verließen darauf panisch den Saal.

Bei dem geschilderten Vorgang sind 7 Personen getötet worden und zwar 6 darunter 2 Frauen, durch Schüsse, ein siebenter ist im Gedränge erdrückt worden. 16 Verwundete, unter diesen 8 mit Schussverletzungen, sind ärztlicher Behandlung zugeführt worden. Von den eingeleiteten Schutzpolizeibeamten haben 4 Hiebverletzungen zum Teil erheblicher Art erlitten.

Von dem Regierungspräsidenten in Merseburg ist im Benehmen mit der Staatsanwaltschaft und den Gerichtsbehörden bereits ein Termin zur Einnahme des Augenscheins abgehalten. Hierbei sind unmittelbar neben dem Standort der Beamten zahlreiche Geschosseinschläge festgestellt worden, auch haben sich im Saal und auf der Galerie Hülsen einer bei der Schutzpolizei nicht geföhrtten Munition gefunden. Die Untersuchung zur vollständigen Aufklärung der höchst bedauerlichen Vorfälle ist bei den drei genannten Stellen im Gange und wird mit größter Beschleunigung durchgeführt.

Die Todesopfer auf 9 erhöht.

Halle a. d. Saale. (Funkpruch.) Die Zahl der Todesopfer hat sich auf neun erhöht. Ein weiterer Teil der Verletzten ist hoffnungslos.

Der Volkstrauertag in Meiße.

Später als im Reiche gedachte man in Sachsen der im Kriege gefallenen Söhne und Brüder. Wirtschaftliche Gründe hatten eine Verlegung des Volkstrauertages notwendig gemacht. Nun war der geliebte Sonntag dem Gedächtnis der Gefallenen gewidmet. Die kirchlichen und städtischen Gebäude und auch einzelne Privathäuser hatten die Plannen auf baldmalt geleht. Das Wetter des ersten Sonntags wachte so recht in dem Charakter dieses Gedächtnistages. Leile sanken die Schneeflocken nieder und wie ein grauer Schleier spannten sich die Wolken. Voll und laut mahnend klangen die Glocken durch die Luft. In den Kirchen fanden die Gedächtnisdienste statt und eine zahlreiche Gemeinde hatte sich hierzu versammelt.

Der Hauptgottesdienst in der Trinitatiskirche
gestaltete sich zu einer erbebenben Gedenkfeier. Die Beteiligung war eine sehr gute. Auf dem Altarplatt hatten die Abordnungen mit den umflorten Fahnen, Standarten und Bannern der Vereinten Militärvereine, des „Stahlhelm“, „Wehrwolf“, des Evgl. Arbeitervereins u. a. Platz genommen. Außerdem nahmen an der Feier mehrere diesige Vereine und Korporationen teil. Nach der allgemeinen gottesdienstlichen Handlung betrat Herr Pfarrer Friedrich die Kanzel. Er las seine Gedächtnispredigt des Schriftwortes Psalm 90, 1: „Herr Gott, du bist unsre Zuflucht für und für“ zu Grunde.

Nach einleitenden Bemerkungen über den Zweck des Volkstrauertages knüpfte die Predigt zunächst an den Spruch eines alten arabischen Dichters an, der als Inschrift auf dem Ehrenmal der Weikner Fürstenschule steht und in deutscher Sprache lautet: „Sag nicht, daß sie sterben, deine Seldel! Wohl sie sind gestorben, und tiefe schmerzliche Läden klaffen in den Herzen und Däusern ihrer Hinterbliebenen. Aber ihr Bild lebt doch in ihrer Seele weiter, und sie leben in ihnen fort in dem, was sie in lebendiger Treue an ihnen getan. — Es ist so, wie eine Dichterstimme klagt: „Bereibe deine Toten tief in dein Herz hinein, so werden sie dein Leben — lebende Tote sein. So werden sie im Herzen stets wieder auferstehn, als gute, liebe Engel mit dir durchs Leben gehn.“ Wohl sie sind den überlebenden Kameraderen gestorben, die mit ihnen Schuttler an Schuttler gekämpft und sie haben sollen leben und sie nun in das Heldengrab gebettet haben unter den ergriffenen Nidängen des Liedes von dem „guten Kameraden“. Aber sie leben doch auch in ihrem Herzen fort, leben fort in dem Geiste treuer Kameradschaft, der sie mit ihnen verbunden hat, und in dem ernsten Willen, ihr Andenken durch deutsche Gesinnung und deutsches Tun zu ehren, und in dem leuchtenden Vorbild, das sie in dieser Hinsicht gegeben haben.

Sie sind allen, die heute gemeinsam trauernd ihrer Gedenken, nicht gestorben, wenn das, was sie angebahnt haben, zureichend weiter geführt wird. Sie haben ihr Leben für die Freiheit und das Wohl ihres Vaterlandes eingesetzt — sie opferten Zukunft und Jugendglück, sie kehrten nie wieder zur Heimat zurück — für uns.“ Wenn die alle, die heute ihrer dankbar gedenken, ihnen feierlich geloben, daß sie, jeder an seinem Plage, alles aufbieten wollen, unserem Volke aus seiner Not und Schmach wieder aufzuhelfen, dann sind sie ihnen nicht gestorben. „Sag nicht, daß sie sterben, deine Seldel!“ Sie sind — zu früh — aus dieser Welt abgegangen, aber eine andere Welt hat sich ihnen aufgetan, die ewige Welt, in der es keine Not, auch keine Kriegsnot, und keinen Tod mehr gibt. Dah hinter Tod und Grab eine ewige Welt liegt, dafür bürgt uns Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene, den uns Gott zum Heiland und Mittler gesandt hat. Zu diesem Gott gilt es die Zukunft zu nehmen. Bei ihm finden wir Trost und Kraft und alles, was die bange Seele begehrt und sucht. Diesen Gott brauchen wir auch, wenn wir das Andenken der gefallenen Seldel dadurch ehren wollen, daß wir wieder an dem Wiederaufbau unseres Volkes mitarbeiten. Wir müssen da mit dem Le und je erprobten „Mit Gott!“ ans Werk gehen. Unter Bezugnahme auf ein Wort Uhlands, des Dichters des Liedes von dem „guten Kameraden“, gelangt am 18. Oktober im Jahre 1816: „Wenn ein Geist berniederliche, analet ein Sängler und ein Held, ein solcher, der im heiligen Kriege gefallen auf dem Siegesfeld, der lange wohl auf deutscher Erde ein solches Lied wie Schwertesstreich, nicht so, wie ich es singen werde, nein, himmelstärkig, donneraleich!“ führte der Prediger aus, wie die gefallenen Seldel des Weltkriegs stamten und ihr Angeficht verhalten würden, wenn sie wieder kämen und durch unser Volk hinschritten, wie sie schwere Plage und Anklage erheben würden: „Was habt ihr alles verloren! Nicht nur Herz und Blotte, nicht nur aut deutsches Land an allen Grenzen, nicht nur euren Wohlstand und eure Freiheit und manches andre mehr, sondern auch euer edel deutsches Wesen, eure altherwährten deutschen Tugenden, die deutsche Treue und Redlichkeit, die deutsche Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit, die deutsche Recht und Sitte! Und was habt ihr dafür eingetauscht? O wie tief seid ihr gesunken! Und das alles im Grunde deshalb, weil ihr euer Heiltes preisgegeben habt, euren Gottesglauben!“ Gemäß sie würden auf ihrer Wanderung durch unser Volk hin auch vielen begegnen, denen sie diesen Vorwurf nicht zu machen hätten, angefichts deren sie vielmehr mit dem Dichter von 1816 sprechen könnten: „Untröstlich ist noch allerwärts, doch seh ich manches Auge flammen und Klopfen hör ich manches Herz — manches treudeutsche und vom lebendigen Gottesglauben durchdrungene Herz. Aber sie würden doch auch vielen begegnen, bei denen ihr Vorwurf am Plage wäre. Damit sind nicht nur die gemeint, die sich von Gott losgelagt haben, sondern auch die alle, die mit ihrem Gottesglauben nicht Ernst machen. Zum Schluß wies der Prediger auf ein Wort aus einem Kriegsflugblatt hin, das auch heute noch gelte: „Das neue Deutschland wird aus sittlichen Siegen gezimmet“, und betonte, das rechte sittliche Siegel im Geiste des Gottesglaubens erlangen werden, der da ist ein Geist nicht der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Hucht. Die Predigt klang aus in dem Satz: „Wir können leidenschaftsvoll nach dem Wanne aus, der zum Heiter unseres Volkes werden soll“, und manches Gebet um ihn steigt sicher aus glaudensstem Herzen zu Gott empor. Aber der Dichter Otto Ludwig hat recht, der in seinem Drama „Die Waffentäter“ dem Brieter Waffentäter auf sein Gebet: „Herr, sende deinem Volke bald einen Heiter“ aus dem Wunde seines Sohnes Judah das andere Gebet als Antwort werden läßt: „Herr, sende deinem Heiter bald ein Volk.“ Daß wir alle treue Weiber solch eines Volkes werden wollen, das wollen wir heute den gefallenen Seldel unseres Volkes feierlich geloben im gläubigen Aufsehen auf ihn, von dem unser Schriftwort sagt: Herr Gott, du bist unsre Zuflucht für und für.

Der Predigt ertönte vom Chor herab das „Gebet vor der Schlaht“ — „Water, ich rufe dich!“ — von Fr. D. Himmel, vom Sängerkhor der Ortsgruppe Meiße des Weikner Landes unter Zwan Schönebaums Leitung vorgetragen, während nach der Predigt derselbe Chor, unter Begleitung des Blas-Orchesters der Orpneustapelle, durch die Ostwald'sche Dichtung: „Dem Andenken der Gefallenen“ die andachtige Gemeinde in feierlich ernster Stimmung verlegte. Der Text der Dichtung ist folgender:

„Die ihr Blut und Leib und Leben für uns habt dahin gegeben, zotts Weiber, ruht nun aus!“

Keines Schmerzes weiser Schrecken kann aus diesem Schlaf euch wecken, ruhet aus, ihr seid zu Haus!
Aber wir, die wir hier oben noch im Sonnenlicht, geloben eins euch in die Gruft hinein:
Nicht umsonst habt ihr gekritten, nicht umsonst habt ihr gelitten, eure Erben wollen wir sein!

Am Schluß des Gottesdienstes wurden unter entsprechenden Ansprachen am Trinitatisdenkmal vor der Kirche, das schon vorher von der Stadt Meiße und von privater Seite geschmückt worden war, vom deutschen Offiziersbund, Stahlhelm, Verein ehem. 68er Offiziere, Verein ehem. 32er Offiziere, Jungarmen 55 und Jungdeutscher Orden mit Schleißen gealterte Kränze niedergelegt. Auch am Denkmal auf dem Wodwitzer Platz und am Kränzenkreuz auf dem Friedhof, wo am Nachmittag auch der Millionenpompauchor zu Ehren der Gefallenen ernste Weisen ertönen ließ, waren von der Stadt Meiße, von den Vereinten Militärvereinen und vom Stahlhelm Kränze niedergelegt worden.

In den Stadtteilen Gröba und Weiba fanden ebenfalls sehr gut besuchte Gedächtnisfeiern in den Kirchen statt. An die Gottesdienste schlossen sich auch hier Kranzniederlegungen an den Kriegerdenkmälern an.
Erhebende Feiern wurden auch in den übrigen sächsischen Städten und Landgemeinden gehalten.

Verliches und Sächsisches.

Meiße, den 16. März 1925.

— **Öffentliche Schulausschreibung.** Dienstag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr findet im Rathausausgangsstalle öffentliche Schulausschreibung statt. Die Tagesordnung hängt im Rathaus und in den Verwaltungsstellen aus.

— **Schulaufführung.** Zahlreichen Wünschen entsprechend, wird die Schule am Wasserturm das Kinderfestspiel „Im deutschen Wald“ von Franziskus Ragler noch einmal aufführen, und zwar am 20. März.

— **Jungdeutscher Abend.** Der Jungdeutsche Orden, die jüngste nationale Vereinigung unserer Stadt, hatte für Sonnabend zur Teilnahme an einem Vaterländischen Abend im feierlich geschmückten Stern-Saal eingeladen. Die zahlreiche Beteiligung an der Veranstaltung, mit welcher der Jungdeutsche Orden erstmalig in die Öffentlichkeit getreten ist, bewies, daß man auch dieser Einladung gern gefolgt war. Nicht nur die Jugend, sondern auch viele Männer und Frauen waren gekommen, um wiederum einige von vaterländischem Geiste durchdrungene festliche Stunden zu begeben. Von auswärts nahmen mehrere Bruderstädte mit ihren Bannern an der Feier teil. Die Kameraden des „Stahlhelm“ und des „Wehrwolf“, sowie Schwestern des „Kulturbundes“ waren in stattlicher Anzahl erschienen. Die Orpneustapelle unter Leitung des Obermusikmeisters Dimmler eröffnete den Festabend mit dem Torgauer und dem Döberitzberger Marsch. Sodann erfolgte der feierliche Einzug der Banner, dem sich unmittelbar der Ordensbrauch angeschlossen — ein Akt, der jedem aufrichtigen Vaterlandsfreunde das Herz höher schlagen ließ. Die Anwesenden erhoben sich von ihren Plätzen und stimmten gemeinsam das tiefsinnige Ordenslied an. Wund schönes begeistertes Wort wurde gesprochen und gern hörte man den von den jugendlichen Ordensbrüdern dargebotenen Gedächtnisvorträgen zu. Im Mittelpunkt der Feier stand die vom Ordensbruder Vasse, Dresden, gehaltenen heranziehende Festansprache. Er gedachte eingehend der Gedächtnisfeier zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen deutschen Seldel und widmete den braven Kameraden, die ihr Leben für das geliebte Vaterland opferten, Worte herzlichsten Dankes und treuen Gedenkens. Die Kapelle spielte in zartem Klang das Lied vom guten Kameraden — die Anwesenden entboten den entschlagenen Seldel in feierlicher Stille ehrfürchtigen Gruß. Die weiteren Ausführungen des geliebten Festredners gipfelten in den Dichtervorten: „Du löst an Deutschlands Zukunft glauben!“ Deutschland müsse wieder groß und glänzlich werden; wir müssen wieder das werden, was unsere Väter waren, Volk und Staat müssen wieder eins sein! Die Stunde müsse kommen, wo es heißt: Wis hierher und nicht weiter! Redner erinnerte an die Augusttage des Jahres 1914, als das deutsche Volk in seltener Einmütigkeit hinausgegangen sei, um sich, jeder an seinem Plage, einzuweihen für sein geliebtes deutsches Vaterland — bis fremdländische Demagogen gekommen seien, um durch ihr Gift das deutsche Volk zu zerlegen. Heute liegen wir entredtet und entehrt am Boden. Was man uns versprochen, habe man nicht gehalten — nicht einmal den Frieden konnte man uns geben. Der Jungdeutsche Orden rechne es zu seiner vornehmsten Pflicht, zu kämpfen für Volk und Frieden. Er will mitteilen, Deutschland zu retten, aber nur durch einen nationalen Willen. Ein Volk der größten Denker und Dichter darf und kann nicht untergeben; wir sind ein Volk, das Recht darauf erheben muß, zu existieren. Warum aber ist Deutschland herabgekommen? Weil es seinen Glauben verloren hat. Hucht, Ordnung und Sitte seien gelodert — das deutsche Volk müsse wieder an seinen höchsten Gott glauben lernen. Gotteshucht, Disziplin, Wannessucht, Untergebunden müssen unsere Jugend zu redlichen Weisenden erziehen, dann brauche uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Ein Volk, ein Volk, ein Vaterland sei die Lösung des gesamten deutschen Volkes. — Ueber Wege und Ziele des Jungdeutschen Ordens erläuterte Redner, daß er jedem deutschen Wanne ohne Unterschied des Ranges, der Parteien und des Religionsbekenntnisses Gelegenbeit gibt, alle Kräfte des Verles und der Seele für die nationale und nationale Wiedergeburt des deutschen Volkes einzusetzen. Der Verelendung des Volkes arbeite er durch soziale Maßnahmen entgegen. Jeder deutsche Mann ist als Bruder und Mittkämpfer im Jungdeutschen Orden herzlich willkommen. Die trefflichen Ausführungen des Redners lösten kurzweiligen Weisaus, aber auch all die übrigen Darbietungen wurden mit großem Interesse aufgenommen. Der Abend darf als bestens gelungen bezeichnet werden. Er war ein beachtlicher Erfolg der nationalen Jugendbewegung. — **Tendenzlos allewege!**

— **Zur Reichspräsidentenwahl.** In Anknüpfung an die Bildung des Nationalen Ausschusses für die Präsidentenwahl, der sich unter dem Vorsitz von Fr. Dr. Heineke für den Wahlkreis Ostschlesien konstituiert hat, werden in allen ostschlesischen Bezirken am Tage der Amtshauptmannschaften entsprechende Bezirksausschüsse gebildet, die die Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl in ihren Bezirken treffen. Für den Stadtbezirk Groß-Dresden wurde ein solcher Bezirksauschuss am Sonnabend unter Vorsitz von Landtagsabgeordneten Dr. Kreschmar-Dresden eingesetzt. Ihm gehören an Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der vereinigten Vaterländischen Verbände, des Sächsischen Landbundes, des Landesauschusses des sächsischen Handwerks, der Wirtschaftspartei, der völkischen Bewegung, der nationalen Arbeiterbewegung, der vaterländischen Frauenvereine, der nationalen Angestelltenverbände, der Industrie, der Presse, des Handels und der Kaufmannschaft, der Beamtenschaft der christlichen Arbeitervereine und des Neuen Sächsischen Lehrervereins.

— **Warnung vor einem falschen Gerichtsverfahren.** Das Landeskriminalamt warnt vor einem Betrüger, der im Deutschen Reich und überreist, bald hier, bald dort auftritt, sich an kleinere Handwerker und Geschäftleute heranmacht, sich zunächst nach verschiedenen Warenpreisen erkundigt und dabei kleinere Einkäufe bewirkt. Dabei läßt er durchblicken, er sei Gerichtsvollzieher und habe Kenntnis von Forderungen des Handwerkers oder Geschäftsmannes gegen alte Schuldner. Schließlich er bietet er sich zur Eintreibung einer besonderen Forderung und betont dabei, daß gerade jetzt die günstigste Gelegenheit dazu sei, weil er selbst in anderer Sache gegen den betreffenden Schuldner vorgehen habe. Dabei fordert er für den aufzubringenden Arrest usw. einen erheblichen Kostenvorschuß, den er infolge seines gewandten, sicheren und vertrauensweckenden Auftretens in fast allen Fällen erhält. Durch das Landeskriminalamt ist festgestellt worden, daß der Betrüger mit dem früheren Magasinverwalter Hieg Ferdinand Karl Trost, geb. am 18. 4. 78 in Weidze, personellens ist. Trost ist 177 Zentimeter groß, kräftig, hat rotblonden Schnurrbart, große breite Nase und schleppenden Gang. Als besonderes Kennzeichen wird angegeben, daß er auf der rechten Wange vom Mundwinkel nach dem Unterkiefer verlaufend eine 8 Zentimeter lange senkrechte Narbe hat. Der Aufenthalt des Betrügers ist unbekannt. Es steht zu erwarten, daß er keine betrügerische Tätigkeit weiter fortführen wird. Das Landeskriminalamt bittet bei einem Wiederauftreten des Trost dessen Festnahme veranlassen zu wollen.

— **Keine Veränderung im Eisenbahnerstreik.** Die Reichsbahndirektion teilt mit: Im Eisenbahnerstreik ist keine Veränderung eingetreten. Trost der ungünstigen Witterung hat sich die Betriebslage nicht verschlechtert, da auf den Rangierbahnhöfen, Umładebahnen und Güterböden durch erweiterte Sonntagsarbeit eine Entlastung herbeigeführt werden konnte. Die für den Winterverkehr nach den Wägen des Erzgebirges und des Vogtlandes vorgesehenen Sonntagssonderzüge sind wie sonst abgehertigt worden.

— **Aufführung der Spartatätigkeit.** Nach einer Mitteilung des Sächsischen Landestages ist im Jahre 1924 ein erfreulicher Aufschwung der Spartatätigkeit eingetreten. Bei den 346 bestehenden Kassen ergibt sich im ersten Vierteljahr 1924 ein Einzahlungsüberschuss von 1 257 221, im zweiten Vierteljahr 2 703 814, im dritten Vierteljahr 3 457 267 und im vierten Vierteljahr von 7 330 193 Mark, im ganzen Berichtsjahre also von 15 063 905 Mark. Davon entfallen auf die Kreise Bautzen 1 380 737, Chemnitz 2 635 764, Dresden 3 388 276, Leipzig 5 794 607 und Zwickau 2 475 551 Mark. Dieser Ueberschuss ist größer als der von 1913, der nur 11 469 800 Mark betrug.

— **Rundfunkspielplan für Dienstag 17. März.** Mitteldeutscher Sender Dresden und Leipzig 10 Uhr vormittags: Wirtschaftsrundfunk; Wolf- und Baumwollpreise, 10,15 Uhr morgens: Was die Zeitung bringt, 12 Uhr mittags: Mittagsmusik, 12,44 Uhr nachm.: Raucner Zeitungen, 1 Uhr nachm.: Vörien- und Pressebericht, 4 Uhr nachm.: Landwirtschaftliche Preisberichte, 4,30 Uhr bis 6 Uhr: Konzert der Hauskapelle, 6-6,30 Uhr abends: „Beneckende“ und Vortrag von Frau v. Leibing „Die Frau und das Rauchen“, 6,30 Uhr abends: Landwirtschaftliche Preisberichte (Wiederholung), 6,45 Uhr abends: Landwirtschaftliche Preisberichte (Vorsprechung), 7-7,30 Uhr abends: Vortrag: St. a. Sec a. D. Paul Wöblius-Burgen: „Legte Fahrt des Minensuchbootes L. 67“, 7,30-8 Uhr abends: Vortrag: Dr. Alfred Lehmann: „Von Robinson bis Tarzan, die Entwidlung des Abenteuer-Romans“, 8,15 Uhr abends: Militärkonzert des 3. Bata. 11 (Sächs.) Inf.-Regts. Leipzig, Leitung Obermusikmeister Bier, 10-11,30 Uhr abends: Funfbrettli, Mitwirkende: Andreas Frion (Gesang), Martina Otte (Chanson), Rudolf Daas (Rezitationen) und die Rundfunkhauskapelle.

— **Kreisausschuss.** Eine öffentliche Sitzung des Kreisausschusses findet Freitag, den 27. März, 11 Uhr im Sitzungssaal der Reichshauptmannschaft, Johannstr. 23, statt.

— **Neue Gesetzesentwürfe.** In der Sitzung vom 13. März hat das Gesamtministerium beschlossen, dem Landtage folgende Gesetzesentwürfe vorzulegen: Schuländerungsgesetz 1925; Schulaufsichtsgesetz; Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen; Gesetz über die vorläufige Weitererhebung der Gewerbesteuer und Grundsteuer; ferner den Entwurf einer Vorlage über eine weitere Kapitalbeteiligung des sächsischen Staates bei der Sächsischen Flughafen-Vertriebsgesellschaft m. b. H. Weiter wurde beschlossen, die 1921 getroffene Regelung des Beamtenurlaubes bis auf weiteres beizubehalten.

— **Ein sozialdemokratischer Antrag zum Beschlusse der Dresdner Schlofferinnung.** Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen die Regierung zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um es Innungen und Arbeitgeber unmöglich zu machen, die Einstellung von Lehrlingen von der Jugendbürgerschaft zu einer Religionsgemeinschaft oder von der Teilnahme an der kirchlichen Konfirmation abhängig zu machen.

— **Verlängerung der Fristen der Dritten Steuernotverordnung.** Der Reichspräsident hat in der Sitzung vom 13. d. M. dem Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Fristen der Dritten Steuernotverordnung seine Zustimmung erteilt. Nach dem Entwurf sollen die Fristen für die Stellung eines Antrages auf Herabsetzung des Aufwertungsbeitrages (§ 2 Abs. 1 Satz 3 der Dritten Steuernotverordnung), für die Anmeldung von Sparkassenaufgaben (§ 7 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung), für die Stellung eines Antrages auf Aufwertung der hypothekarisch gesicherten Forderung abweichend von dem Normalfah von 15 v. H. (§ 7 Abs. 3 der Ersten Durchführungverordnung) und für die Anmeldung des Anspruchs auf Anwertung ungetauschter Pfandbriefe (§ 16 Abs. 1 Satz 2 der Dritten Durchführungverordnung), weiter bis zum 30. Juni d. J. verlängert werden. Gleichzeitig soll der Zeitpunkt des Aufwertens des Gesetzes, betreffend Aussetzung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsstellen, vom 17. Februar d. J. (Reichsgesetzblatt I S. 15) bis zum 30. Juni dieses Jahres hinausgeschoben werden. Der Entwurf ist dem Reichstag zugeleitet worden.

— **Bundestag Sächsischer Staatsbeamten.** Der Bund Sächsischer Staatsbeamten hält am 21. und 22. März seinen 8. Bundesstag in Bautzen ab.

— **Der neue sächsische Lehrerverein** hält am 2. April in Zwickau seine zweite allgemeine Versammlung ab. Prof. Max Mundt, Jena, wird sie mit einem Vortrag: „Neuen deutscher Bildung und Erziehung“ einleiten. Von den zehn Punkten der Tagesordnung wird der die Öffentlichkeit interessieren, der sich mit der Frage beschäftigt, ob der Schule das ihr durch das Uebergangsschulgesetz entzogene Buchtigungsrecht wieder zu gewähren ist. Die Beteiligung an der Versammlung, die in der prächtigen Aula der Oberschule stattfindet, verspricht eine sehr rege zu werden.

— **In der Versammlung der Deutschnationalen Gesellschaft in Sachsen** am 18. März 1925 in Dresden hielt Herr Dr. Sagawe von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Berlin über Wirtschaftsverwaltung für Großgüter und bäuerliche Besetzungen einen Vortrag. An der Aussprache über denselben beteiligten sich sührende Persönlichkeiten der sächsischen Landwirtschaft, wie der Vorsitzende des Landeslandrats, Herr Geheimrat Steiger, der Leiter der Staatsgüter, Herr Dr. Borg, Herr Hofrat Schöne vom Landeslandrat und andere. Hierauf sprach Herr Georg Schippan, Freiberg, über das neue ungünstige Desinfektionsmittel Rodiolamin-Öfen. Anschließend wies Herr Oberregierungssekretär Dr. Reichmann vom Landes-

gesundheitsamt darauf hin, daß Kochsalz- und Jodsalz-Lösungen als Desinfektionsmittel im Sinne des Reichsinfektionsgesetzes auch für Sachen amtlich zugelassen werden.

Die erste Landwirtschaftliche Landesausstellung in Sachsen. Die vom Landwirtschaftsministerium in Dresden vorgesehene Landwirtschaftliche Landesausstellung Sachsen darf nach den bis jetzt schon vorliegenden Anmeldungen als außerordentlich wichtig nicht nur für die sächsische, sondern auch für die gesamte reichsdeutsche Landwirtschaft angesehen werden. Bis heute sind allein weit über 1000 Beteiligte angemeldet. Es wurde bereits in der Tagespresse darauf aufmerksam gemacht, daß mit dieser Ausstellung eine Reihe von anderen Veranstaltungen, wie Wett- und Fahrten usw., verbunden sein wird. Vor allem aber dürfte die gesamte Industrie, soweit sie mit der Landwirtschaft irgendwelche Zusammenhänge hat, Gelegenheit haben, hier im besonderen Maße ihre Erzeugnisse vorzuführen. Immer deutlicher wird das Bestreben der Industrie, sich nach dem Zusammenbruch des Krieges den Inlandsmarkt von neuem zu erobern. Bei der voraussichtlich sehr reichlichen Beschickung dieser Ausstellung kann gerade die Industrie allen hier zusammenströmenden Landwirten ein Bild ihrer Qualitätsleistungen geben. Land- und forstwirtschaftliche Maschinen- und Gerätebau, chemische Industrie, Düngemittel- und Pflanzenschutzmittel, Futtermittel, Molkerei- und Milchprodukte, Obst-, Wein-, Frucht- und Beerenfabrikate, Spirituosen, Teig- und Backwaren, Eierwaren, Feder-, Flach- und Hanfwaren, ferner alle Maschinen und Geräte, sowie Fabrikate und Produkte der Industrie- und Handelsgewerbe, ferner des Handwerkes finden Ausstellungsstellen. Ebenso wird Wert auf die Beteiligung des land- und forstwirtschaftlichen Bauwesens gelegt. Bei der großartigen Anlage dieser allgemeinen Uebersicht über die Landwirtschaft und ihre verwandten Zweige darf kein Industriezweig von Bedeutung und keine Firma von Prestige fehlen. Auch dürfte sich empfehlen, sich wegen der Verkauf- und Ausstellungsstände möglichst bald mit der Ausstellungsleitung — Landwirtschaftsministerium Sachsen, Dresden-N., Schönleubenstraße 14, 2 — in Verbindung zu setzen, da der Anmeldetermin bestimmt im April geschlossen wird.

Ausschluß des Innenministers Müller aus der SPD. Der Bezirksverband der SPD von Chemnitz macht bekannt: In dem Untersuchungsverfahren gegen Max Müller und Genossen, das die Niedermühlbacher Angelegenheit betrifft, wurde nach § 31 des Reichsparteigesetzes auf eine scharfe Rüge und Ausschluß von allen Ehrenämtern auf die Dauer von zwei Jahren gegen die Beteiligten erkannt. Wegen des Innenministers Genossen Max Müller schwebte außerdem ein Antrag der Chemnitzer Generalversammlung noch das Ausschlußverfahren gegen wiederholten Mißbrauch und wegen Weigerung, das Mandat niederzulegen. Der Bezirksverband beschloß gegen zwei Stimmen, den Ausschluß unter denselben Gesichtspunkten, wie bei den vorhergehenden Ausschlußverfahren zu vollziehen. Dem zweifach bestrafte und ausgeschlossene sächsische Innenminister Max Müller hebt das Recht der Berufung bei den höheren Parteinstanzen zu.

200000 Besucher der Leipziger Frühjahrsmesse. Auf Grund der verkauften Messekarten, Tageskarten und der ausgegebenen Ausstellerkarten ist festgestellt worden, daß die Gesamtzahl der geschäftlichen Messebesucher der Leipziger Frühjahrsmesse 1925 mindestens 168000 beträgt. Die Ausweiserkarten, ferner die Arbeiter-, Studenten- und Schülerkarten usw. sind dabei nicht mitgezählt. Bei ihrer Hinzurechnung übersteigt die Gesamtbesucherzahl der Leipziger Frühjahrsmesse 200000.

Konkurrenz. Dem öffentlichen Donorkonkurs in Leipzig Dr. Arnold Brauer ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden.

Obeln. In der Wäscherei des Borsdorfer Frauenheims kam der Maschinenführer Johne der Transmissions zu nahe, wurde erfasst und zu Boden geschleudert. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Bursener Krankenhaus verstarb.

Mohrwein. Das „Mohrweiner Tageblatt“ schreibt: Der Bürgermeister der Stadtgemeinde Neuhädel, die neuerdings ebenfalls die tollsten Totenbestattung beschloß, hat, daß eine bemerkenswerte Entdeckung gemacht. Nach dem sächsischen Gesetz vom 5. Oktober 1912 muß nämlich ein Toter, der mit öffentlichen Mitteln beerdigt werden muß, der Anatomie überlassen werden. Da dieses Gesetz noch besteht, erachtet sich die Notwendigkeit, daß alle Toten der Anatomie zur Verfügung gestellt werden müßten, da ja die Bestattung nunmehr aus öffentlichen Mitteln gedeckt wird. Da dies aber aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht möglich ist, andererseits aber die Gemeinde mit dem Gesetz in Konflikt kommt, sobald sie es nicht tut, hat der Rat von Neuhädel eine Eingabe gemacht und auf den Zwiespalt im Gesetz hingewiesen. Der Kreisrat beschloß, eine Eingabe an das Ministerium zu machen, damit eine Klärung dieser Frage geschaffen wird.

Dippoldiswalde. Ein bei einem Landwirt in Dippoldiswalde bediensteter 15jähriger Bursche hatte an dem 4jährigen Lötchen der Herrschaft ein Sittlichkeitsverbrechen auf dem Heuboden verübt. Er wurde von der Mutter des Kindes ertappt und erhielt eine Tracht Prügel. Darauf schickte er in seine Schlafkammer, sprang durch das Fenster und entfloh. Der Bursche soll bis Niederleibitz geflüchtet sein, wo er sich aus Furcht vor Strafe erkränkt haben soll.

Zeisenerndorf i. Sa. Unter den üblichen Feierlichkeiten und im Beisein der Vertreter der Kreisbauernvereins und Amts- und Gemeindevorstände, der verlebten Abordnungen und Gäste auch von Deutschböhmern fand am Sonnabend vormittag die feierliche Einweihung des neu erbauten Rathauses statt. Für die mit den Vormittagsgängen ankommenden Vertreter hatte erst der Schenkepsug und Schenkepsug Bahn machen müssen, da es nachts von Freitag auf Sonnabend fast einen halben Meter Schnee herausgeworfen und Windwehen bis ein Meter Höhe und darüber aufgestaut hatte.

Glauchau. Am Donnerstag nachmittag wurde zwischen Langenberg und Döbenstein ein 13jähriges Schulmädchen, das Bettungen zu tragen hatte, auf der Straße von einem Manne überfallen, in den Wald geschleppt und vergewaltigt. Ein zufällig auf dem Dienstgange den Ort der Tat passierender Wachtmeister nahm sofort die Verfolgung des Wärlings auf und vermachte ihn festzunehmen. Er stammt aus Limbach und ist erst seit dem 10. ds. Mtz. aus dem Gefängnis entlassen worden.

Leipzig. Der Kalkulator einer hiesigen Firma, der 32jährige Richard Jahr, geboren am 5. 12. 1893 in A. Meudun, ist seit dem 3. ds. Mtz. flüchtig. Bei Prüfung der Bücher wurde entdeckt, daß der leichtsinnige Mensch, der das volle Vertrauen seines Arbeitgebers genoss, es seit längerer Zeit durch falsche Buchungen verstanden hat, nach und nach in einer großen Anzahl von Fällen die Gesamtsumme von 10632 Mark zu unterschlagen. Jahr war in Sportreisen eine bekannte Person. Nuttmäßig ist er so gut wie mittellos, da er auf großem Fuße lebte und alles vergebend haben wird. Am 5. ds. Mtz. ging ein Brief aus Halle von ihm ein, aus dem zwischen den Zeilen zu lesen ist, daß er sich das Leben nehmen will. Das Vorhaben wird angezwungen. Ein am 13. ds. Mtz. in einer Leipziger Zeitung erschienener Nachruf seiner Sportgenossen ist gefälscht und von ihm selbst durch einen Unbekannten aufgegeben worden. Seine Eltern hat er schriftlich davon verständigt. Man veranlaßt keine Festnahme.

Leipzig. Der Rat beschloß, um der Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser zu begegnen, drei Baracken für das Krankenhaus St. Georg und eine für das Kinderkrankenhaus anzukufen und hierfür 500000 Mark bereitzustellen.

Preis. Hier ist man großen Unterschlagungen auf die Spur gekommen. In einem Falle unterschlug ein gewisser Vogel ein ganzes Jahr lang als Vorsteher des Wohlfahrtspflegebezirks die eingegangenen eingesammelten Gelder, von denen fast 2000 Personen in der schlimmsten Notzeit mittags hätten gespeist werden können. Im Thüringischen Landkrankenhaus Greiz hat der Kassenbeamte Hübner sich an amtlichen Geldern vergreifen. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind 5000 Mark unterschlagen worden.

Neubestellungen

mit halben März

auf das werktätlich erscheinende Mietaer Tageblatt werden jetzt von den Zeitungsverlegern sowie zur Vermittlung an diese von der Tagesblatt-Geschäftsstelle in Mies, Goethestraße 59 (Fernsprecher 20) entgegengenommen.

Bezugspreis für halben März durch Zeitungsboten frei Haus M. 1.15.

Verbotene politische Kundgebungen.

Berlin. (Funkpruch.) Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat der stellvertretende Berliner Polizeipräsident die öffentlichen Kundgebungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der kommunistischen Partei, die beide am Mittwoch und im Friedrichsheim stattfinden sollten, verboten.

Letzte Funkpruch-Meldungen und Telegramme

vom 16. März 1925.

Professor August v. Wassermann gestorben.

Berlin. (Funkpruch.) Der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für experimentelle Grammatik und Professor an der Universität Berlin, der bekannte Forscher auf dem Gebiet der Immunitätslehre und der weltbekannte Schöpfer zur Erfassung der Lues und der Tuberkulose August v. Wassermann ist heute gestorben.

Ein verhängnisvoller Berliner Lokal geschlossen.

Berlin. Der „B. J.“ zufolge schloß die Polizei am Sonnabend Abend das Pan-Palast in der Rurfschloßstraße, ein Lokal in dem hunderttausende Arbeiter verkehrten. Als die Beamten das Lokal betreten, waren die Räume schon wegen Ueberfüllung geschlossen. Die Personalien sämtlicher Anwesenden wurden festgehalten und vom Vizepräsidenten Dr. Friedeburg wurde die dauernde Schließung dieses Lokals angeordnet.

Demonstrationen in Warschau.

Berlin. Die Morgenblätter melden: Die Warschauer Demonstrationen gegen die deutschen Garantiepattvorschlüsse verliefen unter harter Beteiligung der Bevölkerung ohne Störungen. Bemerkenswert war, daß die Demonstrationen feindliche Rufe nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen England anstießen. In der Nähe der englischen Botschaft konnte die Polizei eine antientente Demonstration verhindern. Die Zugangsstraßen zur englischen und deutschen Botschaft waren durch starkes Polizeigebot abgesperrt.

Eine Falschmünzfabrik verhaftet.

Frankfurt a. M. (Funkpruch.) In der Nacht zum Sonntag wurde von der Polizei in Ettlingen eine aus sieben Personen bestehende Falschmünzfabrik verhaftet. Die seit Weihnachten v. J. systematisch falsche Drei-Mark-Stücke mit ausgefallenem hohem Silbergehalt mit der Jahreszahl 1924 und dem Münzzeichen A und G angefertigte. Die Verhafteten sind der Graveur Hermann Ewig und dessen Frau aus Ettlingen, ferner zwei Graveurlehrlinge und ein Elektromonteur aus Ettlingen sowie der Graveur und Fabrikant Ludwig Wurster und dessen Sohn aus Riefen bei Wörthheim. Die Verfertigung des Geldes erfolgte in den Fabrikräumen Wursters in Riefen, der die beiden Graveurlehrlinge zum Verarbeiten des Geldes veranlaßte. Wurster ist bereits mit Zuchthaus verurteilt.

Von der Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herriot.

(London. Der diplomatische Vertreter Herriots des Obervertrages zu der morgigen Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herriot, die entscheidende Frage sei, ob Frankreich zustimmen werde, daß ein Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands gemacht werde. Das Argument zugunsten dieses Verfahrens, daß Chamberlain morgen vermutlich vorbringen werde, falls er eine günstige Atmosphäre finde, werde sein, daß Polen auf die Dauer einen vorteilhaften Handel machen werde, wenn es Deutschland den Korridor und den jetzt Polen zugewiesenen Teil Oberschlesiens zurückgeben würde. Unter den jetzigen Verhältnissen lebe Polen auf einem Vulkan. Wenn Polen den Preis zahle, der allein einen Sicherheitspakt ermöglichen werde, werde es selbst die Sicherheit haben, zweifellos eingeladen zu werden, sich mit Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Belgien, Italien und der Tschechoslowakei an einem Pakt zu beteiligen. Dies seien offenbar die Richtlinien, die Chamberlains Politik maßgebend sein würden.

Von hoher See.

Schanghai. (Funkpruch.) Aus Nagasaki wird berichtet, daß ein mit Wasser gefülltes Boot gefunden worden ist, das zu dem am letzten Mittwoch im Sturm auf der Höhe der Dabashima-Inselen gesunkenen Dampfer „Umai Maru“ gehört. Im Boot befanden sich 3 Leichen. Man fürchtet, daß die übrigen Passagiere und Mannschaften mit Ausnahme der bereits am Ende der Woche geretteten 16 Mann umgekommen sind.

Vermischtes.

Eine Berlin-Stettiner Geldschrank- und Juweleneinbrecherbande ist mit ihren Helfershelfern von der Berliner Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht worden. An ihrer Spitze stand ein 37 Jahre alter gewerksmäßiger Verbrecher Max Polan. Auf das Konto Polans und eines 33 Jahre alten Max Wehshel kommen u. a. der Diebstahl des bei dem Juwelier Josephsohn in der Chausseestraße, bei dem am 29. Januar ds. J. für 12000 Mark Juwelen aus dem

Geldschrank, und der Einbruch bei Schimmelmann in der Dorotheenstraße vom 16. Februar ds. J., wo Waren im Werte von 3000 Mark aus der Kasse gestohlen wurden. Weiter ist ermittelt worden, daß die Berliner Bande mit Stettiner Genossen durch einen Doppelinbruch bei dem Justizrat Kabelmann und der Berliner Transportgesellschaft An der Rönchstraße 4 im ganzen 4000 Mark erbeutet hat. Jetzt ist es auch gelungen, ihre Schärfer und Helfer zu ermitteln und festzunehmen, im ganzen noch 21 Personen. Ein erheblicher Teil der Juweleneute der Kolonne ist von der Kriminalpolizei wieder herbeigeführt worden.

Gefährliche Jagd nach einem Verbrecher. Aus Düsseldorf wird gemeldet: Bei dem Versuch, einen Verbrecher festzunehmen, der sich im Abort einer Gastwirtschaft versteckt hatte, wurden vier Polizeibeamte durch Revolverkugeln mehr oder weniger schwer verletzt, bis der Verbrecher durch einen Schuß getötet wurde. In dem Koffer des Verbrechers wurden rund 4000 Mark gefunden und Streifen zu Geldbündeln über 20000 M. Das Geld rührt aus einem Einbruchdiebstahl in einer Fabrik in Haspe her. Die Persönlichkeit des etwa 25-jährigen Verbrechers konnte nicht festgestellt werden, da Ausweispapiere fehlen. — Eine spätere Meldung besagt: In dem Feuergefecht zwischen einem Verbrecher, der sich in den Abort einer Gastwirtschaft versteckt hatte, und Polizeibeamten wird noch gemeldet, daß einer der Beamten seiner Verletzung erlegen ist und ein anderer in Lebensgefahr schwebt.

Hungerstreik im Gefängnis. Wie die kommunistische „Damp. Volkszeitung“ meldet, sind Sonnabend mittag in der Strafanstalt Fuhlsbüttel sämtliche 75 Kommunisten, die dort Festungsstrafen verbüßen, zum Protest gegen die verhängte Urlaubssperre in den Hungerstreik getreten.

Mädchenhändler auf frischer Tat gefaßt. Die 19-jährige Tochter des Landwirts Hermes aus Bernsdorf stand in Reichenbach bei Koblenz in Diensten. Bei einem Einkauf besaß sie das Mädchen einem auf der Landstraße stehenden Auto. Während einer der Insassen sich an dem Auto ansehnend zu schaffen machte, faßte der andere Insasse das Mädchen, und in rasendem Tempo fuhr man davon. Einer Automobilrevision in Münster (Westfalen) ist es zu danken, daß die Schandtat erndet wurde. Landjäger revidierten das Auto und fanden neben diesem Mädchen ein zweites Mädchen bestimmungslos vor. Die Besitzer des Autos wurden verhaftet, das Auto beschlagnahmt. Das Mädchen konnte wohlbehalten seinen Eltern wieder zugeführt werden. — Endlich ist es gelungen, einmal zwei Mädchenhändler auf frischer Tat festzunehmen. Es wäre nun sehr interessant, zu erfahren, in welcher Weise diese Schandtaten bestraft werden. Solche Delikten müßten doch an die Wand gestellt werden. Wenn man bedenkt, in welcher namenloses Unglück diese armen, verlassenen Mädchen geführt und wie sie jetzt ihres Lebens fruchtlos sind und elend an Körper und Seele ein jammervolles Leben führen müssen.

Ein polnischer Haarmann? In Warschau wurde eine Haarmannaffäre aufgedeckt. Die Polizei verhaftete einen früheren Beamten des polnischen Roten Kreuzes, Karaczynski. In seiner in bester gelegener Wohnung wurde eine mit Blut besudelte Fleischschürze, ferner einige große Glasbecken mit weißem Fleisch und große Schüsseln mit Fett gefunden. Der Verhaftete erklärte er sei Liebhaber von Hunde- und Kanarienvogelweibchen er die Art Fleischergewerbe mit Hinzunahme betriebe. In einer Tischlade wurden jedoch eine Anzahl von Personenausweisen gefunden, die auf Namen junger Mädchen und Frauen lauteten. Auf die Frage, wie er in den Besitz dieser Dokumente gelangt sei, verweigerte er die Antwort. Die Polizei hat Nachforschungen nach den in den Dokumenten angeführten Personen eingeleitet.

Ein sonderbarer Fall. Ein reicher englischer Grundbesitzer hinterließ bei seinem Tode ein Testament, das die genauen Vorschriften für die Verbrennung seiner Leiche enthielt, und zwar wünschte er, im Lebnstuch sitzend, mit Wolfstrümpfen und Schuhen bekleidet, verbrannt zu werden. Er hinterließ seinem Sohne das gesamte Vermögen unter der Bedingung, daß seine letzten Wünsche genau befolgt werden.

Der Wassermangel in Jerusalem. Infolge der diesjährigen geringen Regenmengen, wie auch gewisser Fehler in der Wasserleitung leidet Jerusalem derzeit unter einem ganz besonderen Wassermangel. Es mußte eine Wasserrationierung vorgenommen werden, und man war gezwungen, vorübergehend die Bausstätigkeit einzustellen. Der Wasservorrat in den Zisternen ist ein sehr geringer. Es finden derzeit zahlreiche Beratungen statt, wie diesem Uebel abzuhelfen wäre. Man will versuchen, aus der einige Meilen von Jerusalem entfernten Quelle Entnah Wasser nach der Stadt zu leiten.

Goldgräber im Ozean. In Großbritannien sind nicht weniger als 50 Gesellschaften zur Hebung der Meeresgrube entstanden. Sie wollen sich die 50 Millionen Dollar sichern, die seit 1914 rings um die britischen Inseln herum in die Tiefe sanken. Inzwischen sind kaum mehr als zehn dieser Gesellschaften über die Gründungsstadien hinausgekommen. Die Sache ist auch gar nicht so ganz einfach. Nach jeder Hebungaktion entsteht ein großes Hin und Her über die Eigentumsfrage. Die Schatzgräber, die Versicherungsgesellschaften, die einst die Prämien auszahlen mußten, und die Regierung selbst — jeder will den Löwenanteil. Und in den englischen Gerichten türmen sich die Akten über Streitfälle dieser Art. Der einen Schatz entdeckt, muß schon verstehen, den eigenen Mund und den seiner Helfer zu verschließen, wenn er den Besitz behalten will. Unbeschränkt sind freilich die Möglichkeiten. Im leuchten Geldschatz vor Alaska liegt der „Islander“ mit 2 Millionen Dollar an Bord. Im Mittelmeer verflammt der japanische Dampfer „Yafusa“, der unter seinen 12-Millionen-Dollar-Schatzen fast zwei Millionen Juwelen birgt. Allein während des Krieges sind insgesamt etwa 250 Mill. Dollar in Gold- und Silbermünzen in den Meeren untergegangen. — Wunderliche Dinge werden noch erzählt. Irigunden sollen 5000 Holländer Käse liegen, die angeblich 50 Millionen Dollar enthalten. Ein einseitiger Amerikaner, der kürzlich an der Pariser Börse eine Rolle gespielt hat, soll diese enorme Summe — so berichten megalomane Mütter — während des Krieges der deutschen Propaganda in Amerika zur Verfügung gestellt haben. Das Transportschiff, so wird weiter erzählt, sei aber auf der Fahrt verlenkt worden. 1888 sank die spanische „Bericia“ mit der Löhnung für die Armada im Vermekanal. Zehn Millionen Dollar an Werten soll sie mit in die Tiefe genommen haben. Rabe Kapstadt in Südafrika liegt der „East Indian Grosgrain“, der 1782 mit Gold und Juwelen im Werte von etwa 10 Millionen Dollar im Meere verankert. Angesichts der raschen technischen Fortschritte, an die unser Zeitalter gewöhnt ist, kann man aber vielleicht damit rechnen, daß die Menschheit bald in der Lage sein wird, die Schatzkammer Neptuns systematisch zu erschöpfen.

Geldschatz.

Der Notations-Tubendrucker Werks der Firma Meit G. m. b. H., Leipzig 97, wird Dienstag und Mittwoch im Hotel Sächsischer Hof in Betrieb vorüber

U. T.
Goethestraße 102.

Für Riesa heute Montag letzter Tag:
Rosenmontag.

Dienstag bis Donnerstag läuft zum ersten Male der schönste Gesellschaftsfilm über die Leinwand:

Liebet das Leben.

Alle Eheleute, sowie angehende Eheleute, Junggeheilen, Jungfrauen werden ergeblich hiermit eingeladen, denn dieses Filmwert bringt für jeden etwas, u. zwar das, was jeder sucht, nicht mehr und nicht weniger, ein wenig Freude beim Vorführungen 7 und 9 Uhr. Gewöhnliche Preise.

Zentraltheater
Gröba.

Heute zum letzten Male:
Flammen der Leidenschaft.
Ab Dienstag bis Donnerstag die 3 letzten Tage, der große Erfolg:

Rosenmontag.

Eine Offizierstragödie in acht Akten. Allen, die dieses Wort noch nicht gesehen haben, ist zum letzten Male Gelegenheit geboten. Veräumen Sie nicht und sehen Sie sich dieses einzig dastehende Werk an. Gleichartiges kann sehr selten geboten werden. Darum auch nach Gröba zum Rosenmontag.

Vorführungen 7 und 9 Uhr.
— Einlaß 7 Uhr. —

Preise der Plätze: 2. Platz 60 W., 1. Platz 1.— W., Sperrsitze 1.50 W.

Vorverkauf. Ab Freitag:
Des Reichspräsidenten letzter Gang.

Suche zum 1. od. 15. April ein ehrliches zuverlässiges

Hausmädchen
Frau Wildner
Rosenbl. 10.

Ehrliches Hausmädchen bis 19 Jahre gesucht. Su erst. im Tagel. Riesa.

Aufwartung

für 1. Tag gesucht.

Willi Schödel, Uhrmacher

Briketts

gut brennend, beste Marken empfiehlt ab Lager billigst, lieiere auf Wunsch bis vor's Haus, auch frei Keller
M. Gumlich.

N u t l i c h e s.

Auf Blatt 667 des Handelsregisters, die Firma **Güntertanhaus Riesa, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Riesa** betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaftsverammlung vom 2. März 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals durch Einziehung von fünfzehnhundert Mark auf fünfzehnhundert Reichsmark beschlossen. Die Umstellung ist durchgeführt.

§§ 3, 5 und 12 des Gesellschaftsvertrages sind durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll abgeändert worden.

§ 3 lautet künftig: „Gegenstand des Unternehmens sind die verbilligte Versorgung der Angestellten und Arbeiter der Linke-Hofmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft mit Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs und die mit dieser Tätigkeit zusammenhängenden Geschäfte für Rechnung der Linke-Hofmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft.“

Amstergesicht Riesa, den 14. März 1925.

Morgen Dienstag, den 17. d. M., vormittags 10 Uhr, gelangt im Versteigerungstokal des Rathhauses ein Motorrad zur Versteigerung.
Rönert, Hella, Ratsoolla.

Donnerstag, den 19. d. M., vorm. 10 Uhr, gelangt ein Sechswagen öffentlich zur Versteigerung. Versteigerungsort: Hotel Wettiner Hof.
Rönert, Hella, Ratsoolla.

Handelschule Riesa.

Zu der Dienstag, den 17. März, vormittags 11 Uhr stattfindenden Feier der Entlassung der abgehenden Schüler und Schülerinnen, sowie zur Beichtigung der am Dienstag, den 17. und Mittwoch, den 18. März, im Klassenzimmer 2 ausgestellten Schülerarbeiten (einschl. Bier- bzw. Lachschrittabungen) ladet die Behörden, Lehrbeirren und Eltern der Schüler und Schülerinnen, die Mitglieder des Vereins Handelschule, sowie alle Freunde der Handelschule ergebenst ein
Riesa, den 15. März 1925.
Der Vorstand

und die Lehrerschaft der Handelschule,
Kommerzienrat Braune Studienleiter Oehme
Vorstand.



Unverbindliche

Vorführung

am Dienstag, den 17. und Mittwoch, den 18. d. M. im

Hotel „Sächsischer Hof“ Riesa

von 9-7 Uhr

der vollkommensten

Büro-Druckmaschine

PRESILO

D. R. P. a.

Druckt gleichzeitig

in ein- oder mehrfarbigem Buchdruck Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Briefumschläge, Post-, Mahn- und Karteikarten, Vielerlei, Kaufzettel, Vorrats- und Lagerlisten, statistische Formulare usw.

mit Farbtuch und Farbwerk auch in mehreren Farben

Werbe- und Schenkbriefe jeder Art in der Weise, daß bei einer Kurbelumdrehung, also gleichzeitig, der Briefkopf in Buchdruck, der Brieftext mit Farbtuch hergestellt wird. Der mit Farbtuch gedruckte Brief ist von dem mit Schreibmaschine „getippten“ kaum zu unterscheiden.

Die Bedienung ist einfach und kann durch eine ungelernete Hilfskraft erfolgen. Leistung bis zu 50 Abzüge pro Minute. Erstklassige Referenzen von Industrie, Handel und Behörden.

MEIK & Co. Leipzig 97, RI.

Durch ihre Leistungen

kurzen Waschlage, keine Abnützung der Wäsche, Ersparnis an Kohle und Zutaten, Vermeidung harten Reibens, ist die Sunlicht Seife jeder Hausfrau unentbehrlich.



Ihre am 16. März 1925 vollzogene Vermählung zeigen nur hierdurch an
Riesa. Paul Götze und Frau
Ohy geb. Wirthgen.

Echt Kulmbacher Pilsbier in Flaschen u. Gläsern **J. Ehler, Riesa** Fernruf 447.

Ehe

Sie Bettwäsche einkaufen, verläumen Sie nicht, sich nach unseren Preisen zu erkundigen.

Stangen-Bezüge
leinen
Tasch-
Limon-
bunte

Betttücher
finden Sie bei uns in nur guten Qualitäten zu niedrigen Preisen.

Wäschegechäfte
Arthur Bühnel
Icht Schulstr. 5, port.

**Damen- und Herren-
Hüte**

zum Anpressen auf neueste Formen. Modernste Linienformen in großer Auswahl bei

Hulda Büttner
Daustr. 25, v. am Albertplatz.

Damenwäpche

Unterwäpchen
Brinschröcke
Seinleider, Nachtsachen
Senden
auch in Packung mit guter
Sticker (Wittermüster)
verkauft preiswert

Selma Jurisch
Neuweide, Linae Str. 12.

Schwarz am ganzen Leiden.

Flechten

der helle, welche sich durch das ewige Judenluge Nacht beinigen. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizin-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist hundertmal wert. Serg. M. Daga Zucker-Creme (nicht fettend u. fettlos) Analem Wollseifen, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Stadt-Apotheke, Hauptstr. 66
Reichs-Apotheke, Schulstr. 1
C. Richter, Central-Drogerie,
H. B. Gennick, Mediz.-Drog.
H. Blumenthein, Parfümerie
G. Sch. Wettinerstr. 11

C. Rüdiger

Rohhaarbefen
Goldwäpchen
Garnwinden
Butterformen

Goethestr. 41

Garstäte
Riffe 80 Wl. 2 R. 1.50 W.
frische Tafelbutter
Stück 1.15 W.
grüne Feringe
blutreich eingetroffen.
Nikolaus Gutmann.

**Frifaje Seefische
grüne Feringe**
eingetroffen.

Blei, Zelthain.

**Schellfisch
grüne Feringe**

Otto Zigner, Röderau.

**fr. grüne Feringe
frifaje Seefische**

Carl Zigner, Gröba.

Ab Dienstag früh
grüne Feringe
blutreich, 4 Wl. 55 W.
Oerm. Modler, Schulstr. 3.

**H. Schellfisch, Stadlau
Seelachs, Seeforellen
frifaje grüne Feringe.**
Clemens Bürger.

18. 3. 25
pünktl. 7 Uhr I

Nach langer Krankheit verchied mein lieber Mann, unser guter Vater

Christoph Berensti
Riesa, Altmarkt 3.

Die trauernden Hinterbliebenen,
Verdigung Donnerstag
2 Uhr von der Friedhofsballe.

Vereinsnachrichten

Ruderverein Riesa. Alle, die trainieren wollen, treffen sich Dienstag, 17. 3., abends 8 Uhr zu einer wichtigen Besprechung im Vootshaus.

Turnverein Riesa (D. T.)
Dienstag, 17. März, abends 7 Uhr in der Turnhalle

Gedächtnisfeier
an der Ehrenafel der Gefallenen. Die Angehörigen unserer Gefallenen sind dazu herzlich eingeladen.

P. P.

Gerne mit haben wir die Ehre, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß wir unter dem heutigen Tage die Firma

Max Schumann

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Getreide, Kohlen, Briketts,
Futter- u. Düngemittel, Kalk,
Kleesaat, Heu, Stroh,
Kartoffel-Großhandlung

gegründet haben.

Wir bitten, das dem Mitbegründer der Firma, Herrn Max Schumann sen., schon früher geschenkte Wohlwollen auch auf unsere Gesellschaft zu übertragen, und werden wie bestrebt sein, dasselbe in jeder Weise zu rechtfertigen. Mit vorzüglicher Hochachtung

Max Schumann

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Bahnhof Böhla
Fernspr. Amt Großenhain Nr. 56.

Wollverkauf

bis auf weiteres eingekellert.
Glasfabrik Wenzel.

1 Konfirmations-Anzug zu verkaufen.

Schützenstr. 8, Stb. 2. r.

Entfettungs

fur v. Apoth. Max Wagner ist v. verblüffendem Erfolg. Besonders gegen unreine Säfte, Fettanlag u. Blutdruck. Kart. Nr. 3. — z. b. Anker-Apotheke i. Gröba

Med.-Drogerie i. Riesa.



Eine Alpina-Uhr
als Ostergeschenk

verbindet erhöhte Freude mit dankbarer Erinnerung an den Guber.

Alleinverkauf bei

A. Herkner

Inh.: Johannes Kühnert

Wettinerstraße 6.

Sie finden in meinem Geschäft in Uhren, Gold- und Silberschmuck als **Konfirmationsgeschenk** für jeden Geschmack das Passende zu mäßigen Preisen.

1/2 Lit. warmes Wasser

und ein Päckchen des bekannten Haarpflegemittels Schaumpon mit dem schwarzen Kopf, das für 20 Pfennig überall zu haben ist — mehr brauchen Sie nicht, wenn Sie Ihrem Haar die Wohltat einer Waschung verschaffen wollen. „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“ löst sich in warmem Wasser sofort auf, gibt prächtigen und weichen Schaum, reinigt überraschend, hält die Kopfhaut gesund und gibt schön gepflegtes und glänzendes Haar. Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

Achten Sie beim Einkauf genau auf die



altbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf“!

Die Antwort des Völkerbunds an Deutschland.

Aufforderung zum Eintritt. — Ablehnung besonderer Vorbehalte.

11 Berlin. Bei dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Sonntagabend nach 8 Uhr ein Telegramm des Generalsekretärs des Völkerbundes eingegangen, das in Uebersetzung folgenden Wortlaut hat:

Entsprechend den Instruktionen des Völkerbunds habe ich die Ehre, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß der Rat die Note Eurer Exzellenz vom 12. Dezember 1924 mit der größten Aufmerksamkeit geprüft hat. Auf Grund dieser Prüfung hat der Rat ein Memorandum über die Frage gestellt und mich beauftragt, es Eurer Exzellenz unverzüglich mitzuteilen. Das Memorandum hat folgenden Wortlaut. Der Völkerbundsrat hat die Mitteilung der Deutschen Regierung vom 12. Dezember 1924 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit besonderer Aufmerksamkeit geprüft. Mit Genugtuung hat der Rat Kenntnis genommen von der in der Einleitung dieses Schreibens stehenden Erklärung, die Deutsche Regierung glaubt, daß die politische Entwicklung des letzten Jahres die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eröffnet hat und ebenso von der Absicht, welche die Deutsche Regierung in dem beinahe vollständigen Memorandum zum Ausdruck gebracht hat, den vollständigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu erwirken. Die Deutsche Regierung hat bereits bei den zehn im Rat vertretenen Regierungen angefragt und hat von ihnen begründete Antworten erhalten. Der Rat, der sich aus den Vertretern derselben Regierungen zusammensetzt, wäre nicht in der Lage, eine Erklärung abzugeben, die mit diesen Antworten im Widerspruch steht. Es freut ihn daher, zu hören, daß, abgesehen von einer Frage, die später erörtert wird, die der deutschen Regierung zugegangenen Antworten ihr befriedigend erscheinen.

Der Rat nimmt Kenntnis davon, daß die Deutsche Regierung in Ansehung der Voraussetzungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund eintreten möchte, auf jede Ansicht verzichtet. Für Deutschland besondere Bedingungen zu verlangen, daß sie aber erwartet, daß dieser Eintritt sich auf dem Fuße der Gleichberechtigung vollzieht.

Der Rat stellt fest, daß die zehn besagten Regierungen über diese Voraussetzungen völlig einig sind. Er selbst sieht in diesem Grundlag der Gleichberechtigung, der für alle sowohl die gleichen Verpflichtungen als auch die gleichen Rechte zur Folge hat, eines der wesentlichen Elemente des Völkerbundes. Gleichzeitig glaubt er darauf hinweisen zu müssen, daß dieser Grundlag wichtige Folgen für die Sonderfrage hat, die von der Deutschen Regierung hinsichtlich des Artikels 16 der Satzung aufgeworfen wird. Deutschland verlangt allein für diesen Artikel eine Sonderstellung. Aber dieser Artikel ist für die Bundesverfassung von grundlegender Bedeutung; denn er bestimmt zu einem wesentlichen Teile die Sicherungen, die allen Bundesmitgliedern zugute kommen, und die Verantwortlichkeit, die sie übernehmen.

Die Deutsche Regierung lenkt bei der Darlegung ihres Standpunktes auf diese Frage die Aufmerksamkeit auf die militärische Lage Deutschlands, die durch den Vertrag von Versailles geschaffen ist. Sie gibt der Befürchtung Ausdruck, daß, wenn die in Artikel 16 vorgesehene Maßnahmen zu Feindschaften führen sollten, Deutschland nicht in der Lage sei, sein Gebiet gegen einen militärischen Einfall zu schützen. Die Deutsche Regierung sagt hinzu, daß es nach ihrer Ansicht nur einen Ausweg aus der schwierigen Lage gibt, in der sie sich befinden würde: Dem Deutschen Reich muß für den Fall internationaler Konflikte die Möglichkeit belassen werden, daß nach seiner aktiven Teilnahme

selbst zu bestimmen. Weiterhin spricht sich die Deutsche Regierung dagegen aus, daß Deutschland durch seinen Eintritt in den Völkerbund verpflichtet werde, auf die Neutralität zu verzichten.

Der Rat hält es für angezogen, in dieser Hinsicht darauf hinzuweisen, daß die Art und das Ausmaß der effektiven Teilnahme der Mitgliedstaaten an den vom Völkerbund auf Grund der Satzung eingeleiteten militärischen Operationen notwendigerweise verschieden sind, je nach der militärischen Lage der Staaten. Nach den Bestimmungen der Satzung ist der Rat verpflichtet, die Stärke der Land-, See- und Luftstreitkräfte zu empfehlen, welche die Bundesmitglieder an der bewaffneten Macht beizubringen haben, die den Bundesverpflichtungen Achtung zu verschaffen bestimmt ist. Deutschland würde selbst zu legen haben, bis zu welchem Punkte es imstande wäre, den Verpflichtungen des Rates zu entsprechen. Der Rat erinnert außerdem die Deutsche Regierung daran, daß ein Staat, der dem Bunde und dem Rat angehöre, stets an den Entscheidungen teilnehmen würde, die sich auf die Anwendung der Grundzüge der Satzung beziehen.

Was die wirtschaftlichen Maßnahmen anlangt, so unterscheiden die Mitgliedstaaten selbst jeder für sich oder durch vorherige Vereinbarungen über die praktischen Maßnahmen, die zur Durchführung der von ihnen übernommenen allgemeinen Verpflichtung zu ergreifen sind. Jedoch lassen die Bestimmungen der Satzung es nicht zu, daß, wenn auf Grund des Artikels 16 eine Aktion eingeleitet wird, jeder Mitgliedstaat frei für sich darüber entscheidet, ob er daran teilnehmen muß. Der Rat glaubt seine Meinung klar dahin aussprechen zu müssen, daß jeder Vorbehalt in dieser Richtung geachtet wäre, die Grundzüge des Völkerbundes zu untergraben, und daß er mit der Zielung eines Bundesmitgliedes unvereinbar wäre. Es erscheint dem Rat unmöglich, daß ein Mitglied des Bundes und des Rates bei Operationen gegen einen Staat, der die Satzung verletzt hat, eine Stellung behält, die seinen Staatsangehörigen die Freiheit lassen würde, sich den durch die Satzung auferlegten allgemeinen Verpflichtungen zu entziehen. Es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß andere Länder, deren Militärkräfte gleichfalls durch die Bestimmungen der geltenden Verträge beschränkt worden sind, beim Eintritt in den Völkerbund die Verpflichtungen der Satzung ohne Vorbehalt angenommen haben. Der Rat hofft, daß diese Bemerkungen dazu beitragen werden, die Haltung seiner Mitglieder gegenüber den von der Deutschen Regierung aufgeworfenen Fragen zu erklären.

Die allgemeinen Voraussetzungen für die Zulassung neuer Mitglieder sind im Artikel 1 der Satzung bestimmt. Die Entscheidung hierüber steht an Grund dieses Artikels der Bundesversammlung zu, die bereits zu wiederholten Malen ihrem Wunsch nach Universalität des Völkerbundes Ausdruck gegeben hat. Nur durch aktive Mitarbeit als Mitgliedstaat an den Arbeiten des Völkerbundes kann ein Land den ihm obliegenden Einfluss auf die Entscheidungen des Bundes ausüben, Entscheidungen, die stets weittragende Folgen haben werden.

Der Rat möchte schließlich Deutschland gegenüber den antragsartigen Punkten aussprechen, es an seinen Arbeiten teilnehmen und so für die Organisation des Friedens die Rolle spielen zu sehen, die seiner Stellung in der Welt entspricht.

Ich bitte Eure Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu genehmigen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes.

Politische Tagesübersicht.

Annahme des Sommerzeitgesetzes in England. Im Unterhause wurde gestern in zweiter Lesung das Sommerzeitgesetz mit 208 gegen 61 Stimmen angenommen. In Zukunft wird die Einführung der Sommerzeit nicht mehr der Genehmigung des Parlamentes bedürfen, sondern wird mit dem ersten Sonntag im April beginnen und mit dem ersten Sonntag im Oktober endigen.

Die Schatzkassenfrage vor dem Reichstag. Wie wir hören, soll die Vorlage der Reichsregierung über die Schatzkassenfrage noch in dieser Session des Reichstages behandelt werden. Obwohl die Linke verlangt, daß die Regierungsvorlage wiederum zurückgeschickt werden soll, haben die hinter der Regierung stehenden Parteien mit Ausnahme desentrums die Reichsregierung aufgefordert, die Erledigung dieser Vorlage nicht länger mehr zu verzögern.

Der Reichswehrminister über die Deutsche Wehrmacht.

11 Hamburg. Im Uebersee-Klub in Hamburg hielt am Sonntagabend abend Reichswehrminister Dr. Wehler einen Vortrag über die deutsche Wehrmacht. Der Minister legte in eingehender Weise die mannigfachen Schwierigkeiten dar, denen er sich bei seiner fünfjährigen der Konsolidierung der Reichswehr gewidmeten Arbeit gegenübersehen habe. Die Frage nach dem Wert der Erziehungsbereitschaft einer solchen oder modernen Kampfmittel besaßenen Wehrmacht — eine Frage, die in dem Augenblick wieder akut werde, wo der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und Deutschlands Teilnahme an den Sanktionsmaßnahmen des Völkerbundes wieder erwogen werde — schien solange nicht, als nicht das Problem der allgemeinen Abrüstung gelöst sei. Der Minister hob die demütigende Art der Kontrollmaßnahmen hervor und betonte das Verdienst, das sich General v. Seckt dadurch erworben habe, daß er den jugendlich-romantischen Vorurteilen von der Wehrkraft mit sachlichem Ernste entgegengetreten sei. An heimliche Klüftungen in Deutschland glaubten selbst die besten Köpfe in der Entente nicht mehr. Zu einem so uneinigen Volke wie dem deutschen fehlten für heimliche Klüftungen alle Voraussetzungen. Der Vorwurf der Politisierung der Reichswehr sei ihm natürlich nicht erspart geblieben. Der Minister wies darauf hin, daß die Tatsache, daß in den vergangenen Jahren auch in der schwierigsten Zeit die Truppe nie den Händen ihrer Führer entfallen sei, alle Einwände gegenstandslos mache. Die Sternfrage des Berufsheeres sei die Verlangung der verabschiedeten Soldaten. Der Reichswehrminister richtete an alle Volksgenossen den Appell, an der Lösung dieses Problems mitzuarbeiten, und schloß mit der Mahnung zur Einheit, zu der auch das im Volke wurzelnde Heer beitragen werde. Die Ausführungen des Reichswehrministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Schulkreis in Wülhausen.

11 Wülhausen (Schl.). Die Wehrkräfte und die Bürgerwehreinheiten haben durch Anschläge die Bevölkerung darauf hingewiesen, daß die Eltern, die ihre Kinder Montag nicht zur Schule schicken, gegen die Vorschriften bezüglich des staatlichen Schulzwangs verstoßen. In den Kirchen sind Plakate verteilt worden, die zum Schulkreis auffordern.

Blutiger Zusammenstoß mit Kommunisten.

11 Berlin. In einer Mitteilung der Nachrichtenstelle des Polizeipräsidenten heißt es: Sonntag nachmittags passierte ein Zug von etwa 450 kommunistischen Demonstranten den Hermannplatz in Kottbus. Sie brachen einen Straßenbahnwagen, der den Zug durchfahren wollte, gewaltsam zum Halten; ein Demonstrant stieg mit Weichenstellhebel auf den Führer ein. Die Verkehrsleiter der S-Bahnpolizei versuchten, den Täter zu fesseln, der festgenommen wurde. Ihn aber von den Demonstranten wieder entlassen. Ein zu Hilfe eilender Schutzpolizist wurde ebenfalls von der Menge angegriffen und zu Boden geworfen. In höchster Bedrängnis kam nun ein zufällig in Zivil des Weges kommender Polizeibeamter, der seinen gefährdeten Kameraden beiseite drängte, um Schüsse abzugeben; außerdem fielen auch Schüsse aus der Menge. Hierbei wurde einer der bei dem Angriff auf die Beamten hauptsächlich beteiligten Demonstranten durch einen Oberidentenstich getroffen; er ist kurz darauf noch vor Einlieferung ins Krankenhaus infolge Verblutens gestorben. Schließlich gelang es dem alarmierten Uebersee-Kommando, die Menge durch gütliches Zureden zum Auseinandergehen zu veranlassen.

Zur Vinderung der Not der Liquidations- und Gewaltgeschädigten.

deren Entschädigungsansprüche durch die Kriegsschadensverordnung vom 28. 10. 1923 stark eingeschränkt worden sind, beabsichtigt die Reichsregierung den von den Schädigten Betroffenen ohne Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Verwaltungswege eine Nachentschädigung zu gewähren. Zu diesem Zwecke hat die Reichsregierung bestimmte Richtlinien vorbereitet, nach denen eine allgemeine Nachentschädigung für Schäden bis zu 200.000 Mark vorgesehene ist. Für größere Schäden wird eine Nachentschädigung nur unter gewissen Voraussetzungen gewährt, zur Ergänzung dienen hier Wiederanbaudarlehen. Im einzelnen ist zu bemerken, daß eine Nachentschädigung erhalten Geschädigte, die Friedenswerte bis zu 200.000 Mark eingebüßt haben. Geschädigte mit größeren Verlusten können, da die zur Verfügung stehenden Mittel beschränkt sind, nur dann berücksichtigt werden, wenn sie entwerft sind, d. h., wenn ihnen infolge des Schadens die wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen worden ist. Eine Nachentschädigung wird nur gewährt, sofern der Geschädigte bereits eine Entschädigung erhalten hat. Die tatsächliche Höhe der Nachentschädigung beträgt beispielsweise bei einem Friedenswert bis zu 2000 Mark 100 Prozent, von 20.000 Mark 12 Prozent, von 200.000 Mark 8 Prozent.

Eine Sonderregelung ist getroffen worden für Wertpapiere: Für diese werden durchgängig 2 Prozent des Friedenswertes, jedoch nicht mehr als 16.000 Mark festgesetzt; für Nichtschadensfälle, auf deren Erlös nach der Kriegsschadensverordnung ein Anspruch nicht besteht. Für diese Schäden werden in Anrechnung an die Bestimmungen des § 16 der Kriegsschadensverordnung 200 RM. im Einzelfalle festgelegt. Auf die ermittelte Nachentschädigung werden die Vorleistungen angerechnet. Die Gewährung von Wiederanbaudarlehen erfolgt nicht an Geschädigte, die einen höheren Schaden als 200.000 Mark erlitten und hierfür eine Entschädigung erhalten haben, sofern sie entwerft sind und wieder aufbauen.

Im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Mittel kann das Darlehen nicht allen Geschädigten gewährt werden. Anzufordern ist hier ein Antragsverfahren vorgesehen. Das Darlehen soll bei einem Grundbetrag zwischen 200.000 Mark und einer Million Reichsmark in der Regel nicht mehr betragen als 4 Prozent, für den 1 Million RM. übersteigenden Teil des Grundbetrages in der Regel nicht mehr als 1 Prozent und darf 200.000 Mark nicht übersteigen. Das Darlehen ist in der Regel mit 5 Prozent zu verzinsen und im allgemeinen von der Leistung einer Sicherheit abhängig zu machen.

Aus dem Darlehensfonds sollen insbesondere diejenigen Geschädigten bedacht werden, die auf Grund der Sachentschädigung — oder Wiederanbaudarlehen — Mischlinien oder nicht in genügender Höhe berücksichtigt werden können. Ferner sollen alten, gebrechlichen Geschädigten, die nicht mehr in der Lage sind, eine Tätigkeit auszuüben, Anwendungen, die unter Umständen wiederholt werden können, gemacht werden.

Wettbewerbsverträge in Südböhmen.

11 Leipzig. Die „Oberösterreichische Volkstimme“ meldet an leitender Stelle, daß ausweit an Beschränkungen in Südböhmen zahlreiche Wettbewerbsverträge zum Militärdienst verhandelt werden. Die Wettbewerbsverträge lauten meist auf Garnisonen an der russischen Grenze. Da es sich nicht um die üblichen Rekrutierungsmaßnahmen handelt, fände man nur Vorbereitungen zu einer Mobilisierung in Polen vermuten.

Neues über die Abführung der Lohnsteuer an das Finanzamt.

Bisher waren hinsichtlich der Abführung der Lohnsteuer feststimmte Erleichterungen für den Fall angefallen, daß die Steuerabzugsbeträge bei einem Arbeitnehmer 12 Reichsmark monatlich nicht übersteigen. Der Reichsminister der Finanzen hat nunmehr mit Wirkung vom 1. März 1925 ab die Grenze auf 50 Reichsmark erhöht. Daraus ergibt sich folgendes:

- a) Die einbehaltenen Steuerabzugsbeträge müssen, wenn sie in einem Kalendermonat für die sämtlichen, bei einem Arbeitnehmer beschäftigten Arbeitnehmer den Betrag von 50 Reichsmark nicht übersteigen, spätestens am 5. des folgenden Monats abgeführt werden.
- b) Wenn jedoch die in einer Monatsbefehle einbehaltenen Beträge allein oder zusammen mit den für die vorhergehende Befehle noch nicht abgeführten Beträgen 50 Reichsmark übersteigen, so sind sie zusammen mit den etwa rückständigen Beträgen am Fälligkeitstag für die Befehle abzuführen, in der der Betrag von 50 Reichsmark überschritten wird.
- c) Die Regelung gilt nicht für das Markenverfahren.

Beispiel: Ein Arbeitgeber löst seine Arbeitnehmer wöchentlich Sonnabends.

Es sind einbehalten: am 7. März 9 Reichsmark, am 14. März 10 Reichsmark, am 21. März 9,50 Reichsmark, am 28. März 12 Reichsmark, also zusammen 40,50 Reichsmark. Dieser Betrag braucht erst am 5. April abgeführt zu werden.

Es sind einbehalten worden: am 7., 14., 21. und 28. März je 18 Reichsmark. Am 21. März hat der rückständige Betrag 50 Reichsmark überschritten. Gleichwohl braucht die Abführung der gesamten im März einbehaltenen Beträge (gleich 72 Reichsmark) erst am 5. April (nicht am 25. März) zu erfolgen, da erit in der letzten Befehle des März der Betrag von 50 Reichsmark überschritten worden ist.

Es sind einbehalten worden: am 7., 14., 21. und 28. März je 30 Reichsmark. Der am 7. März einbehaltenen Betrag braucht am 15. März nicht abgeführt zu werden. Am 14. März hat der einbehaltenen Betrag zusammen mit dem in der vorhergehenden Befehle einbehaltenen Betrag 50 Reichsmark überschritten. Daber sind am 25. März 60 Reichsmark, am 5. April die übrigen 60 Reichsmark abzuführen.

Die Finanzierung des Wohnungsweicns und die Wohnungswirtschaft der Zukunft.

Der Landesverband Sachsen im Bunde Deutscher Mietervereine hatte am Freitagabend im Kurierkinoale des Italienischen Dorches einen Vortragsabend veranstaltet bei dem Oberregierungsrat Hoppe, Dresden, über das vorstehende Thema sprach. Aus seinen vom Standpunkte des Fachmannes aus gegebenen wirtschaftswissenschaftlichen Ausführungen ist folgendes festgehalten: Der Redner ging vom dem Beschluß des Wohnungsanschlusses aus, daß dem Hausbesitzer eine Arbeitsvergütung und ein Verwaltungsgeld zuzubilligen sei. Letzteres solle unter der Voraussetzung, daß die Gelder auch zur Verwaltung verwendet werden, nicht zu knapp berechnet werden. Genaue Buchführung müsse eingeführt werden. Der korrekt handelnde Hauswirt solle Freiheit bekommen. Schwer bleibe die Rückkehr auf den alten Standpunkt des Friedens. Uebergehend zur Mietneubildung sagte der Vortragende, daß heute die Mietwohnungen völlig im Verfall seien, daß deshalb diesen zur Instandhaltung viel mehr zugebilligt werden müsse. Auch müsse berücksichtigt werden, daß zum Beispiel in einem Arbeiterhaus mehr für Instandhaltungsarbeiten gebraucht werde als in einer Villa. Planmäßige Wohnungswirtschaft sei das erstrebenswerte Ziel. Hierin sei uns England weit voraus. Der Wohnungsbau in freier Wirtschaft sei jetzt sehr schwierig bei den denkbar ungünstigsten Verhältnissen. Ob die freie Wohnungswirtschaft eingeführt werden kann oder nicht, das liege im Schoße des Sozialen. Heute werde ihr noch vielfach entgegengetreten. Sicher sei, daß unsere Mieter nicht höher sein dürfen wie im Auslande, wenn wir konkurrenzlos wollen. Dem Volke müsse geholfen werden, die geringe Unscholtheit sei zu überwinden.

Der Redner sprach weiter über die Bekämpfung des Bodenwertes und betonte, daß alle Parteien der Meinung seien, daß die gesamte Hausanssteuer zum Wohnungsbau verwendet werden müsse. Reichsgerichtliche Regelung über dieser Fragen sei unumgänglich notwendig. Der Redner brachte hierzu sehr viel sachtechnisches Zahlenmaterial und statistische Wertungen.

Die Debatte ergab Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Vortragenden.

Der kommunistische Zichela-Prozess.

Die Vernehmung des Jenaer Kriminalkommissar Keller wurde am Sonntagabend fortgesetzt. Er äußert sich über die Festnahme Stoblenkoff. Diese erfolgte durch Beobachtung eines Aufes, der nach Mitteilung aus Stuttgart Verbindungsmann Hellmuths war. Aufte trug eine Hefttasche, in der ein Zettel mit der Adresse „Stincker, Rödertstr. 104“ gefunden wurde. Hier wohnt eine Angehörige der russischen Botschaft, Marie Salpova. Diese erkannte nach einem Vergleich in Stoblenkoff einen angeblichen Staatsmann Pawel, den sie nach ihrer Anwesenheit seit drei bis vier Monaten kannte und

mit dem sie mehrfach Anovorkellungen besucht hatte. Stoblenki bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden, hierzu vorläufig keine Erklärung abgeben zu wollen. Der Zeuge führt weiter aus, er habe von zwei verschiedenen Seiten vertraulich gehört, daß Stoblenki in der russischen Botschaft gewohnt habe. Der Vorsitzende bricht hier die Vernehmung zu diesem Punkte ab, da dies zu dem Komplex gehöre, für den die Ausschließung der Öffentlichkeit in Frage komme. Der Zeuge äußert sich hierauf über die Verhaftung der Angeklagten Duse, Kulis und Mayer. Im wesentlichen sind diese Tatsachen bereits zur Sprache gekommen. Der Angeklagte Duse bestritt entgegen der bestimmten Behauptung Neumanns nach wie vor, Verbindungsmann Hellmuths gewesen zu sein. Es wird dann die Frage erörtert, ob zwischen der Terrorgruppe und der Zentrale der KPD. Beziehungen bestanden. Eine große Rolle spielt hierbei der Dorch-Wagen, in dem die Gruppe nach Stuttgart gefahren ist. Der Zeuge erklärt hierzu, er sei allmählich durch die verschiedenen Anhaltspunkte zu der Überzeugung gekommen, daß der formale Besitzer Robbels den Wagen im Auftrage der Partei gekauft habe und lediglich der Wagenhalter gewesen sei.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung befragt der Zeuge Heller, der Angeklagte Hallup habe selbst angegeben, daß er seine Zimmer der Partei vermietet habe. Dort verkehrte, wie er feststellte, außer Willi und Fritz (Krek und Charpentier) auch Neumann. Dies sei ihm ein weiterer Beweis dafür gewesen, daß die Partei mittelbar und unmittelbar mit dem Kaufmann und der Tischlergruppe in Verbindung gestanden habe.

Die in dem bei Hallup gefundenen Paket enthaltenen Quittungen kommen zur Sprache. Da sich eine große Anzahl russischer Quittungen darunter befindet, soll ein russischer Dolmetscher herbeigezogen werden. Rechtsanwalt Dr. Walter erklärt, solange nicht nachgewiesen sei, daß die gefestigten Garantien eingehalten seien, behaupte er, daß in das Paket von der Polizei alle ihr zugänglichen Quittungen hineingelegt worden seien. Es wird festgestellt, daß Hallup nicht Eigentümer des Pakets war, auch nicht Einspruch gegen die Einschließung erhoben hat.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld beantragt Feststellung der genauen Daten der Quittungen. Zum Teil könnten diese schon der Zeit nach nicht bei Hallup gefunden worden sein, zum Teil gehörten sie gar nicht in das Ressort Charpentiers der M.A. Abteilung.

Hierauf beginnt die Mittagspause.

In der Nachmittags-Sitzung verhandelt der Vorsitzende einen Gerichtsbeschluss, durch den der Antrag Herzfeld abgelehnt wird. Hierauf kommt eine Reihe von Schriftstücken zur Sprache, die ebenfalls bei Hallup beschlagnahmt worden sind. Diese Schriftstücke beziehen sich namentlich auf die illegalen militärischen Organisationen und enthalten viele Beweise für den beherrschenden Einfluß der kommunistischen Internationale in diesen Fragen. Bemerkenswert ist namentlich ein Brief des militärischen Oberleiters von Nord-Ost Gromulat-Königsberg, mit dem Namen Fritz Neumann, an Neumann, in dem mitgeteilt wird, daß fünf Rationenfürer für den Partisanenkampf einstellt seien. Der Zeuge Heller erklärt auf Befragen des Rechtsanwaltes, es sei ihm nichts davon bekannt geworden, daß ein Beamter oder Agent der Polizei das beschlagnahmte Paket in die Wohnung Hallups geschmuggelt habe. Hierauf wird festgestellt, daß der Autoverleiher Robbels einen zweiten Wagen besaß, den er von dem Abgeordneten Kemmle erhalten hat. Hierzu bemerkt Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, daß der Wagen von Kemmle als Geschäftsführer der Viva Vereinigte Internationale Verlagsanstalt an Robbels verkauft wurde. Weiter kam ein Bericht zur Sprache, den der Zeuge Hallup auf Grund von Mitteilungen der Jahnplund erstattet hat. Danach hat die Jahnplund im Sommer 1923 ein Gespräch zwischen zwei kommunistischen Abgeordneten geführt, dem zufolge aus Moskau neue Instruktionen für den Fall der Illegalität eingetroffen seien. Es sollten schwarze Listen und besondere Gruppen zur Heberzeugung verdächtiger Personen aufgestellt werden. Weiter hat die Jahnplund bezeugt, sie habe in der Zentrale häufig den Namen Hellmuth gehört. Hellmuth sei ein kleiner schwarzer Mann in den 40er oder 50er Jahren mit gelblichem Teint und entweder Rufe oder Tschche. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr.

Rosenfeld, ob Stoblenki, wenn er so lange in der Zentrale der KPD. aus- und eingegangen wäre, denn nicht den Heberzeugungsbeamten der politischen Polizei bekannt geworden sein müßte, erklärte der Zeuge, das Daus sei sehr schwer zu kontrollieren. Von Hellmuth sei der Polizei damals nichts bekannt gewesen. In der russischen Botschaft habe Stoblenki unter dem Namen Gorew gewohnt. Eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Samter beantwortet der Zeuge dahin, der Ausdruck „Tscheta“ sei in den polizeilichen Unterlagen vorhanden gewesen und in die Plakate für den Fall Kauf geleitet worden, um das Publikum zu besonderer Mitarbeit anzureizen. Die Belohnung von 500 Mark sei seines Wissens nicht verteilt worden. Vom Polizeipräsidium Stuttgart wird eine amtliche Auskunft darüber eingeholt werden, ob die Plakate in Stuttgart angeschlagen worden seien. Zum Schluss der Sitzung entsinnigt sich eine längere Erörterung über die Minalität zwischen dem Berliner und Stuttgarter Polizeibehörden betreffend die Bearbeitung der ganzen Angelegenheit.

Nächste Sitzung Montag 9 Uhr.

Zeugenvernehmung im Rothardt-Prozess.

Magdeburg. Als erster Zeuge in der Verhandlung am Sonnabend sagte der 77jährige frühere Vizefanzler v. Payer aus, daß er Ebert als einen durchaus vaterländisch gesinnten Mann kennen gelernt habe. Ebert sei immer mit großem Eifer für die Bewilligung der Kriegskredite eingetreten. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er über den Januarstreik wisse, führte er aus, daß er als Vizefanzler Ende Januar 1918 im Büro der Berliner Redaktion der Frankfurter Zeitung mit Ebert und Scheidemann zusammengetroffen sei, die ihm über die ganze Bewegung berichtet hätten. Der Streik sei gegen deren Willen ausgebrochen. Sie wären der Leitung beigetreten, um beruhigend auf die Massen einzuwirken. Sie seien der Meinung gewesen, daß man den Streik am besten im Wege einer Verhandlung beenden könne. Der Reichsinnenminister Waltraf habe es aber abgelehnt, sie zu empfangen. Ich erklärte mich bereit, mit Herrn Waltraf und dem Reichsfanzler zu sprechen. Die Sache ist aber schließlich nicht in dem von mir erhofften Sinne der Verhandlung erledigt worden. Der Reichsfanzler war gegen die Verlamungsfreiheit. Auf Befragen des Verteidigers Martin erklärte v. Payer, er erinnere sich an eine gefällige Zusammenkunft im Garten des Reichsamts des Innern zwischen den Fraktionsführern und den Herren von der Obersten Heeresleitung, wisse aber nicht, daß Ebert und Scheidemann angedroht hätten, daß die Sozialdemokraten, wenn die Heeresleitung der Friedensentscheidung nicht zustimme, die Kriegskredite nicht bewilligen würden. Das wäre auch sicher in die Presse gekommen. Wenn diese Neuerung in Scheidemanns Buch stehe, müsse dieser es ja wissen. Das Buch sei wohl etwas flüchtig geschrieben worden.

Zeuge Scheidemann bestätigt die Darstellung von Payers. Bei der Zusammenkunft mit der Obersten Heeresleitung im Garten des Reichsamts des Innern habe kein Sozialdemokrat mit der Verweigerung der Kriegskredite gedroht. Erzberger hätte nur geäußert, daß dieser Fall eintreten könnte, wenn es den Sozialdemokraten zu schwer gemacht würde.

Darauf wird Zeuge Tittmann vernommen. Er bezeugt, daß die KPD. durchaus den Standpunkt der Landesverteidigung eingenommen habe. Später seien die Kriegskredite abgelehnt worden, weil man die Heberzeugung gehabt habe, daß die Oberste Heeresleitung einen Eroberungskrieg führen wolle. Der Januarstreik sollte nur ein politischer Demonstrationstreik sein und der Regierung zeigen, wie die Arbeiter auf der Eroberungspolitik der Regierung ständen. Nur die ablehnende Haltung Waltrafs sei Schuld gewesen, daß der Streik statt nach drei bis sieben Tagen zu Ende war. Bezüglich des in der Treptower Küche beschlossenen Flugblattes erklärte der Zeuge, daß er sich erst nach den Verhandlungen in der ersten Instanz erinnere nicht, daß das Flugblatt von ihm verfaßt war. Die Notizen seien von dem Abgeordneten Haase geschrieben worden.

Rechtsanwalt Martin fündigt einen Beweisantrag dahingehend an, daß nicht nur die unabhängigen Sozial-

demokraten von dem in Aussicht genommenen Streik Kenntnis gehabt haben, sondern daß Verhandlungen zwischen den Fraktionen der Unabhängigen und der Reichssozialisten mit Rücksicht auf den kommenden Streik stattgefunden haben. Zwischen den Auslagen des Zeugen Richard Müller in erster Instanz und denjenigen des Zeugen Tittmann von heute besteht nach Auffassung der Verteidigung ein Widerspruch. Nachdem der Vorsitzende ausgefragt habe, die beiden Zeugen gegenüberzustellen, stellt Rechtsanwalt Martin seine diesbezüglichen Fragen zurück.

Hierauf wird der Zeuge Waltraf, der damalige preussische Staatssekretär des Innern, vernommen. Er sagt insbesondere über die Verhandlungen mit den Deputationen der Streikenden aus. Er habe wiederholt abgelehnt, Deputationen zu empfangen, an denen streikende Arbeiter teilnahmen. Ueber politische Fragen habe er nur mit Abgeordneten verhandeln wollen. Diese Auffassung habe er schon vorher Scheidemann bekanntgegeben. Sein Verhalten sei übrigens in der nächsten Reichstagsabstimmung von allen bürgerlichen Parteien, auch vom Zentrum, korrekt und richtig befunden worden. In einer ergänzenden Aussage erklärt Scheidemann, es sei unrichtig, wenn Waltraf sagte, die Deputation hätte mit ihm politische Forderungen verhandeln wollen. Vom ersten Augenblick an hätten sie Waltraf gebeten, über die Art und Weise, wie man aus dem Streik herauskommen könne, bzw. über die Möglichkeiten, den Streikenden Gelegenheit zu Versammlungen zu verschaffen, zu verhandeln.

Die Verhandlung wird durch eine kurze Mittagspause unterbrochen.

Nach der kurzen Mittagspause wird Zeuge Tittmann weiter vernommen. Er erklärte u. a., daß die Mitglieder der Streikleitung über die Verfügung Kessels sehr unangelegentlich waren, weil es durch diese Verfügung unmöglich gemacht worden sei, die Streikbewegung zu führen und in geordneten Bahnen zu halten. Der Streik sei übrigens nicht in dem Sinne gedacht gewesen, daß durch ihn die technischen Munitionsvorräte Deutschlands gestört werden sollten. Es sollte ein kurzer Demonstrationstreik sein, zu dem Zweck, einen Druck auf die Regierung auszuüben, um sie zum Verzicht auf Annexionspläne und zum Abschluß eines Verhandlungsfriedens zu bewegen. Als nächster Zeuge wird Diplomat Kaufmann Alfred aus Rauen bei Berlin vernommen der Auskunft über den Verlauf einer Versammlung geben soll, die Scheidemann im Herbst 1917 in Danzig-Orda abgehalten hat. Er habe die Rede Scheidemanns so aufgefaßt, daß er die Arbeiterkraft darauf hinwies, daß es in ihrer Hand liege, den Frieden zu erreichen.

Um 3 1/2 Uhr wurde die Weiterverhandlung auf Montag 9 1/2 Uhr vertagt.

Erleichterungen bei der Zollabfertigung an der Grenze.

Mit dem allmählichen Abbau der Vorschriften der Kriegs- und Inflationswirtschaft konnte seit dem Jahre 1923 nach und nach auch die Last und für die Reisenden lästige Erleichterung der Zollabfertigung an der Grenze beseitigt werden. Wesentliche Erleichterungen wurden insbesondere durch die Aufhebung der reaktionären Ausreisegeldbeschränkung sowie dadurch geschaffen, daß seit dem Herbst 1923 grundsätzlich die Reisenden der Durchgangspässe und ihr Handgepäck im Zuge, teilweise sogar während der Fahrt, vollständig abgefertigt werden.

In dem Bestreben, den Reiseverkehr weiter zu erleichtern und damit die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Ausland zu fördern, hat das Reichsfinanzministerium nunmehr neue Anordnungen an die Grenzollbehörden erlassen, die zum Ziele haben, die für die Reisenden mit der Abfertigung an der Grenze verbundenen Unannehmlichkeiten so weit einzuschränken, als dies die Wahrung des öffentlichen Interesses nur irgend gestattet. Bei der Abfertigung im Zuge soll das Handgepäck im allgemeinen nur Stichprobenweise geprüft werden; diese Stichproben brauchen nicht in jedem Abteil zu erfolgen, sondern können nach dem Ermessen des leitenden Abfertigungsbeamten auf einzelne Abteile beschränkt werden. Erforderlichenfalls kann selbstverständlich auch gründlicher nachgeprüft werden. Beson-

Das neue sächsische Wohlfahrtspflegegesetz.

(Von Dr. Doris Hertwig, M. d. L.)

Am 1. April wird das neue sächsische Wohlfahrtspflegegesetz in Kraft treten, das der Landtag am 12. März verabschiedet hat. Es ist zugleich Ausführungs-gesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 und zu der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924. Doch ist der Aufgabekreis gegenüber den reichsrechtlichen Vorschriften bedeutend erweitert worden. Pflichtaufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege sind nun in Sachsen außer den in den beiden Reichsgesetzen genannten die Gefährdetenfürsorge, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die Wohnungspflege, die Bekämpfung der Tuberkulose, die Bekämpfung des Alkoholismus und die Trinkerfürsorge, die Krüppelpflege, die Fürsorge für Blinde, Taubstumme, Ertaubte und Stiehe, die Fürsorge für Schwachsinnige, Idioten, Fall-süchtige und Geistesranke, die Wandererfürsorge und die Straftatlosenfürsorge. Wohnungspflege, Bekämpfung der Tuberkulose und Krüppelpflege waren neben der Säuglings- und Kleinkinderpflege bereits Hauptaufgaben seit Inkrafttreten des sächsischen Wohlfahrtspflegegesetzes im Jahre 1918. Außerdem soll die öffentliche Wohlfahrts-pflege nach Maßgabe ihrer Kräfte das Samarterwesen und die gemeinnützige Rechtsberatung fördern.

Inbezug auf die geschlossene Fürsorge hat der Staat die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß den Bezirksfürsorgeverbänden ausreichende öffentliche und private An-stalten zur Verfügung stehen. Auch die Organisation der Straftatlosenfürsorge und der Arbeitsfürsorge für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte liegt ihm ob, doch haben die Bezirksfürsorgeverbände ihm bei der Durchführung seiner Aufgaben Verwaltungshilfe zu leisten. An Stelle der bisherigen Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege, der 110 Pflegebezirke treten nun als Bezirksfürsorgeverbände die bezirksfreien Gemeinden und die Bezirksverbände. Das bedeutet für manche Gemeinden innerhalb eines Bezirksverbandes, die bisher die Auf-gaben der Wohlfahrtspflege selbständig erfüllt haben, einen Verzicht auf ihre Selbstverwaltung, der ihnen schwer fallen wird. Doch ist die Härte dieser Bestimmung dadurch gemildert worden, daß die Bezirksverbände die Ausübung einzelner Aufgaben und Aufgabengebiete den Gemeinden zur selbständigen Erledigung übertragen können. Auch können zur gemeinschaftlichen Erfüllung solcher Aufgaben Zweckverbände geschaffen werden, und zwar soll die Übertragung erfolgen, wenn die Gemein-den zur Erfüllung der Aufgaben leistungsfähig und willens sind. Hinsichtlich der bestehenden und künftigen Ein-richtungen finden die §§ 152 und 153 der Gemeindeord-nung Anwendung. Die Genehmigung einer Neueinrichtung durch die Bezirksamte kann der Bezirksverband nur aus wichtigen Gründen und mit Genehmigung des Ar-beits- und Wohlfahrtsministeriums ablehnen. Wegen einer Verfassung kann die Gemeinde Beschwerde einlegen. Da-mit ist das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden inbe-zug auf die Wohlfahrtspflege wenigstens in gewisser Weise

gewahrt. Die Notwendigkeit, größere Bezirke zu schaf-fen, ergab sich eben aus dem erweiterten Aufgabekreis, keine Bezirke würden finanziell nicht in der Lage sein, die durch dieses Gesetz neu auferlegten Pflichten zu er-füllen.

Die behördlichen Verwaltungsstellen der öffentlichen Wohlfahrtspflege sind die Wohlfahrts- und Jugendämter, die jede bezirksfreie Gemeinde und jeder Bezirksverband zu errichten hat, soweit sie nicht schon bestehen, und das Landeswohlfahrts- und Jugendamt. Wer in den örtlichen Verwaltungsstellen zur Mitarbeit herangezogen werden soll, wird durch Ortsgesetz geregelt. Doch ist es der Wunsch des Landtages, daß in den Ausführungsbestim-mungen genauere Hinweise dafür gegeben werden sollen. Es liegt im Interesse der Sache, daß die Mitwirkung aller der Kreise, denen die Förderung der Wohlfahrts-pflege am Herzen liegt und die Erfahrung auf den ver-schiedenen Gebieten haben, gesichert wird. Zur sachge-mäßen Bearbeitung der vielseitigen Aufgaben sollen Fach-u. Unterbezirksausschüsse gebildet werden; auch kann die Er-ledigung einzelner Geschäfte oder Gruppen von Ge-schäften freien Vereinigungen der Wohlfahrtspflege oder einzelnen erfahrenen, bewährten Männern und Frauen widerruflich übertragen werden. Pflegeausschüsse bei den Gemeinden und Bezirksverbänden sowie Fachausschüsse und ein Landesamt für Wohlfahrtspflege mit einem Beirat haben bereits auf Grund des Wohlfahrtspflegege-setzes von 1918 bestanden, insofern war der Vorwurf der übergroßen Bürokratisierung, der von verschiedenen Abgeordneten im Landtag gegen den im neuen Gesetz vorgesehenen Aufbau erhoben wurde, unberechtigt. Außer-dem ist bei jedem Amt ein Beiratsausschuß zu bil-den, zu dem auch Vertreter der Hilfsbedürftigen oder oberer Verbände heranzuziehen sind. Damit der Be-iratsausschuß nicht zu groß wird, was der schnellen Erledigung der Einzelfälle abträglich sein würde, emp-fiehlt sich, abgesehen von den amtlichen Mitgliedern, je nach dem zu behandelnden Falle ein wechselnder Per-sonalkreis.

Die stimmberechtigten Mitglieder des Landeswohlfahrts- und Jugendamtes sind je ein Vertreter der be-teiligten Ministerien sowie drei Vertreter der sächsischen Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger, ein Bezirks-arzt und ein hauptamtlicher Fürsorgearzt. Je zwei Ver-treter der bezirksfreien Städte und Bezirksverbände, je ein Vormundschafts- und ein Jugendrichter, eine Wohlfahrtspflegerin und ein Sozialbeamter, ein Bezirksschul-rat und je ein Vertreter (Vertreterin) der Volks-, Be-rufs- und höherer Schulen, außerdem eine weitere Zahl von sachkundigen Männern und Frauen aller Berufs-erzweige, von denen fünf jeamtlich vom Landtag ge-wählt und fünf jeamtlich vom Arbeits- und Wohlfahrts-ministerium berufen werden. Diesem Landesamt stehen auch Fachausschüsse sowie ein Beiratsausschuß zur Seite.

Die größte Schwierigkeit bestand bei den Landtags-verhandlungen in der Regelung der Kostenfrage. Nach der Regierungsvorlage wollte der Staat fast sämtliche Kosten den Bezirksfürsorgeverbänden aufbürden. Wäre es

blieben, dann war die sichere Folge, daß bei den jetzigen unzureichenden Steuerüberweisungen die Bezirksfürsorgeverbände ihre wohlfahrtspflegerischen Auf-gaben nur zu einem geringen Teile hätten erfüllen kö-nen, das Gesetz wäre ein dapiertes geblieben. Da das selbstverständlich nicht der Wille des Gesetzgebers war, so mußte ein gerechter Lastenausgleich geschaffen werden. Auf Beschluß des Landtages muß nun der Staat als Landesfürsorgeverband die Hälfte der Kosten für die geschlossene Fürsorge in den Staatsanstalten überneh-men und im übrigen den Bezirksfürsorgeverbänden einen Zuschuß gewähren, dessen Höhe im Staatshaushaltplan jeweils festgesetzt wird und über dessen Verteilung das Landeswohlfahrts- und Jugendamt Richtlinien aufstellt, die dem Landtag zur Kenntnis zu bringen sind.

Auch trägt der Staat die Kosten der Organisation bei der Straftatlosenfürsorge und bei der Arbeitsfürsorge für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbe-schränkte. Ferner können die Bezirksfürsorgeverbände Kostenerstattung vom Staate verlangen, wenn dieser nach der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht ver-pflichtet ist, für Unterbringung von Ausländern, Staatenlosen und von Verlorenen, für die der entgeltlich verpflichtete Fürsorgeverband außerhalb Sachens keine Erstattung zu ge-währen braucht, weil die auf Grund dieses Gesetzes ge-machte Unterstützung die reichsrechtlichen Pflichtenungen übersteigt.

Wenn auch diese Beschlüsse für die Bezirksfürsorgeverbände finanzielle Erleichterungen geschaffen wor-den sind, so haben sie trotzdem noch erhebliche Lasten zu tragen. Sie sind darum mehr denn je auf die Mit-hilfe der freien Wohlfahrtspflege angewiesen, deren Tätigkeit ja viel älter ist als die der amtlichen Fürsorge. So haben z. B. die Innere Mission wie auch an-dere charitative Vereinigungen eine große Zahl von An-stalten, Heimen und sonstigen Einrichtungen für die ver-schiedenen Zweige der Wohlfahrtspflege geschaffen, die wertvolle Ergänzungen der staatlichen Einrichtungen dar-stellen, ja zum Teil sogar die einzigen ihrer Art sind. Ebenso sind die finanzielle Hilfe und die vielen Kräfte, die aus reiner Menschlichkeit ehrenamtlich mitarbeiten, von größter Bedeutung für die Durchführung der um-fangreichen neuen Aufgaben. Die Möglichkeit der Mit-arbeit ist darum auch besser im Gesetz verankert wor-den, als es in der Regierungsvorlage der Fall gewesen war. Vertretungen der freien Vereinigungen wie auch einzelne, erfahrene, sachkundige Männer und Frauen sollen zu allen Ausschüssen — Fachausschüssen, Be-iratsausschüssen und dem Landeswohlfahrts- und Jugendamt — in genügender Zahl zugezogen werden. Wird ein friedliches, sachliches Hand-in-Hand-Arbeiten von amtlicher und freier Wohlfahrtspflege erreicht, so wird die beste Gewähr dafür geschaffen, daß das neue Gesetz mit seinen hohen Anforderungen, die sich aber aus der großen sozialen Not Sachsens ergeben, zum Segen für die sächsische Bevölkerung werden wird, vorausgesetzt, daß verständnisvolle, warmherzige Menschen es in rechter Weise ins Leben, in die Tat umsetzen.

ders angelegt ist die Befähigung der Prüfung des Handwerks auf einzelne Abteile bei den Schlafwagenreisenden, die der Vorteile der Schlafwagenbenutzung verlustig gehen würden, wenn grundsätzlich in jedem Schlafwagenabteil eine eingehende Vollprüfung vorgenommen werden würde. Transitzertende sollen besonders berücksichtigt werden. Entgegenkommendes Verhalten gegenüber den Reisenden ist den Vollbeamten erneut zur Pflicht gemacht worden.

Durch diese Anordnung des Reichsfinanzministeriums dürfte den Wünschen der Reisenden nach Befreiung aller vermeidbaren Belästigungen bei der Abfertigung an der Grenze Rechnung getragen sein.

Die vollendete Politisierung der sächsischen Preisprüfung.

Dr. Dresden. Die „Sächsische Handwerker- und Gewerbezeitung“ schreibt unter obiger Überschrift in ihrer letzten Nummer: Obwohl die amtliche Preisprüfung durch die Zeitverhältnisse überholt ist und in dem jetzigen Umfange dem Staate nur unnützes Geld kostet, ist das Handwerk doch bereit, sich einer sachlichen Nachprüfung seiner Preise nicht zu verweigern, im Gegenteil, sie könnte geeignet sein, die Anarchie in der Preisbildung auf seine Preisbildung zu überlegen, und das Vertrauensverhältnis zwischen Handwerk und Kundenschaft nur fördern. In Sachen bestand aber die Tätigkeit, vor allen Dingen der Bezirkspreisprüfungsstellen und zum Teil auch einzelner Angestellter der Landespreisprüfungsstelle, darin, das Vertrauen in die Angemessenheit der Preise des Handwerks systematisch zu untergraben. Die Forderung sämtlicher Erwerbskreise, bei der Preisprüfung Politik und Sachlichkeit streng zu trennen, ist aber bis jetzt nicht gehört worden. Eine schallende Ohrfeige bedeutet es aber, wenn der sächsische Wirtschaftsminister ausgerechnet in diesem Zeitpunkt die Leitung der Landespreisprüfungsstelle dem nie über seinen Parteigeschicks hinaus blickenden Sozialdemokraten Kösch überträgt hat. Der bisherige Leiter Dr. Jahn, der sich wirklicher Sachlichkeit befleißigte, wurde in das Statistische Landesamt versetzt. Die vorhandenen Sachbeamten der Landespreisprüfungsstelle wurden übertragen. Damit ist in aller Öffentlichkeit dargestellt, daß die Preisprüfung in Sachsen lediglich ein politisches Instrument ist, um Handwerk, Handel und Gewerbe zu diskreditieren und die Verbraucherkreise in die konjunktionsgesellschaftliche Warenversorgung der Arbeiter und Beamten wie der Betriebsräte zu drängen. Diese ökonomische Brückensprünge können sich Handwerk, Handel und Gewerbe, wie auch die übrigen Wirtschaftskreise nicht gefallen lassen, und wir erwarten von unseren Abgeordneten sämtlicher bürgerlicher Parteien, daß sie dagegen scharfsten Stellung nehmen, und daß der Stütze der Regierungskoalition nicht aus den Reihen von Handwerk, Handel und Gewerbe geschritten wird.

Die französische Presse zur Note des Völkerbundsrats.

Paris. Zur Note des Völkerbundsrats an die deutsche Regierung schreibt Journal de Debats, Deutschland habe in dieser Note die Verleumdung erhalten, daß ihm ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat zugesprochen werde. Das müsse man bedauern. Es hätte genügt, dem Deutschen Reich eine nichtständige Sitz zu gewähren; denn nach dem Statut lautet die ständige Sitz den alliierten und assoziierten Hauptmächten vorbehalten. Unglücklicherweise habe Herrriot in dieser Frage von Anfang an auf England's Drängen hin fast freudig nachgegeben. Belgien sei seinem schlechten Beispiel gefolgt. Da dem so sei, gebe es für Deutschland keinen Ausweg mehr. Es müsse ein offizielles Aufnahmegericht an das Sekretariat nach Genf richten, bevor es seine Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspakt mit den Alliierten weiterführe.

Der „Temps“ vertritt den Standpunkt, daß Deutschland durch den Eintritt in den Völkerbund die Stellung und den Einfluß einer Großmacht wiedergewinne. Dadurch, daß es einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat haben werde, könne es in allen Fragen, die es besonders interessierten, so namentlich hinsichtlich des Saargebietes, der Danziger Frage und Oberschlesiens, intervenieren. Es werde versuchen, sich die Unterstützung einer zuverlässigen Anhängererschaft zu sichern, wenn es den Art. 19 zur Anwendung zu bringen gedünke, um die Probleme aufzurollen, die sich mittelbar oder unmittelbar auf eine Revision der bestehenden Verträge beziehen. Wenn Deutschland mit Daß und Groll erfüllt nach Genf komme, so könnten sich dadurch ernste Schwierigkeiten ergeben; denn man könne mit Recht vermuten, daß die leitenden deutschen Staatsmänner hoffen würden, über den Weg des Völkerbunds eines Tages eine Revision des Versailles Vertrags zu erzwingen. Sind alle Vorichtsmaßnahmen, so fragt das Blatt, getroffen, damit sich derartige nicht entwickeln kann? Das kann man nicht zu behaupten wagen, lautet die Antwort des Blattes.

Die Schätze Südamerikas.

Die ersten Europäer, die Südamerika betraten, waren jene spanischen Eroberer, die, vom Goldgange getrieben, unter unerhörten Grausamkeiten das Reich der Inkas auf den Hochebenen von Peru vernichteten. Jahrhunderte hindurch hat man auch den Wert Südamerikas nur nach seinem Reichtum an edlen Metallen bemessen. Dann kam allmählich die Erkenntnis von der Wichtigkeit seiner wildwachsenden Pflanzen, aber erst das 19. Jahrhundert zeigte, welche große Bedeutung das Land für Ackerbau und Viehzucht besaß. Heute stehen Kaffee, Kakao, Tabak, Weizen, Mais, Wolle, Fleisch, Häute im Vordergrund, und fast vergißt der Fernersehende das, was der Boden Amerikas noch immer an fossilen Schätzen birgt. Allerdings an Brennstoffen fehlt es im Lande. Südamerika besitzt zwar in Südbrasilien Kohlenfelder, aber sie sind von geringer Wichtigkeit und schlechter Beschaffenheit. Umfangreicher ist das Silenische Vorkommen, allein auch dieses liefert nur eine stark raubende Steinkohle. Für die Beschäftigung von Erzen — und diese Verwendung ist die wichtigste — kann man sie nur mit besserer Steinkohle gemengt verwenden. Und diese beste Steinkohle muß man von Nordamerika oder England einführen. Denn es gibt anstehend in ganz Südamerika keine gute Steinkohle. Braunkohle und Torfmoore sind in Patagonien vorhanden, aber nicht zu verzerren.

Reicher ist Südamerika an flüssigen Brennstoffen. Die Insel Trinidad und das benachbarte Festland enthalten Asphaltkiese, die man verwertet und deren Inhalt sich immer wieder erneuert. Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Argentinien verfügen über zahlreiche zum Teil recht ausgedehnte Oelfelder, deren Ausbeutung man bereits tastfährig in die Hand genommen hat. Augenblicklich steht Peru noch voran; aber sobald es sich in Venezuela entwickeln hat, und man durch das Karibische Meer einen Kanal für Schiffe baggern oder eine Rohrleitung für das Öl legen soll, wird Venezuela an der Spitze stehen. Starke Aufschwung hat auch die Erdölgewinnung in Patagonien genommen, wo man in Comodoro Rivadavia große Erfolge erzielt hat und wachsende Mengen Erdöl verfrachtet.

Von den wichtigsten Metallen kommt das des Offens vornehmlich in der brasilianischen Provinz Minas Geraes vor. Seine Qualität ist ausgezeichnet; aber man kann es wegen der schlechten brasilianischen Kohlen nur schwer in Südamerika in den üblichen Hochofen verhütten.

Man geht daher jetzt daran, elektrische Kraft mit Hilfe von Wasserkräften zu gewinnen und die Eisenerze im elektrischen Ofen niederzuschmelzen. Zu sich ist das brasilianische Eisenerzvorkommen wahrscheinlich das ausgedehnteste und größte der ganzen Welt. Wie es scheint, haben hier die Nordamerikaner noch nicht festes Fuß gefaßt. Dagegen werden in Chile vorkommende hochwertige Eisenerze, die dort ganze Berge bilden, durch die große nordamerikanische Stahlfirma, die Bethlehem Steel Company abgebaut.

Amerikanisches Gold ist auch an den meisten Gruben beteiligt, die man im Gebiete der Anden angelegt hat, um edle Metalle und Kupfer zu gewinnen. Im allgemeinen läßt sich dort der Bergbau auf das eine Metall nicht von dem auf das andere trennen. Denn fast immer sind Gold und Silber mit Kupfer vergesellschaftet, oder aber mit Zinn. Auch das kommt nicht unerwünscht. Denn Zinn wird heute auf dem Weltmarkt ebenso gesucht wie Kupfer, und da man alle die Metalle nur gewinnen kann, indem man sie hüttenmännisch aus ihren Erzen ausnimmt, läßt man es sich gerne gefallen, daß das südamerikanische Zinn heute an dritter Stelle auf dem Weltmarkt steht. Des Silbers wegen kann man in Südamerika kein Bergwerk mehr betreiben, weil die nordamerikanischen Silbervorkommen zu reich sind, also den Silberpreis zu sehr herabdrücken. Man kann in Südamerika nur auf Gold oder auf Kupfer bauen und als wertvolle Nebenerzeugnisse Silber oder Zinn mit gewinnen. Zinnerze finden sich aber nur in Bolivien.

In Peru kommt dagegen das Erz eines sehr seltenen Metalles vor, nämlich das Vanadium, dessen man sich zur Herstellung hochwertiger Stahlsorten bedient. Die seltenen Erden Cer und Thorium, mit deren Verbindungen wir unsere Glühlampen tränken, stammen zu einem beträchtlichen Teile von den Monazitsteinen, die an der Küste des brasilianischen Staates Bahia lagern. Endlich hat Südamerika bis vor dem Kriege im Besitze eines Monopols für die ganze Welt, indem sein Chilealpeter tatsächlich die einzige Stickstoffquelle für die ganze Erde bedeutete. Weisungen die Salpeterladungen auf Segelschiffen in alle Welt. Heute ist nur noch Nordamerika ein Großabnehmer des Salpeters, während sich Europa mehr des künstlichen Salpeters und anderer stickstoffhaltiger Verbindungen bedient, die sich für Düngemittel eignen.

Kunst und Wissenschaft.

Deutsche Schauspielkunst im Auslande. In Buenos Aires hat sich, wie die deutsche La Plata-Zeitung mitteilt, unter dem Ehrenvorsitz des deutschen Gesandten in Argentinien ein Ausschuss gebildet, der es sich zur Aufgabe macht, die großen Kulturwerte, die in der deutschen Schauspielkunst liegen, dem Deutschstum Argentinien wieder im höchsten Maße zugänglich zu machen. Es gab wohl nach dem Kriege deutsche Opern- und Operettenaufführungen aller Art, aber das deutsche Schauspiel konnte noch nicht wieder seinen Einzug halten. Der neu gegründete Ausschuss fordert in einem Aufruf die Deutschen auf, durch Einzeichnung in die aufliegenden Listen Abonnements auf eine Reihe von Vorstellungen zu nehmen und durch Leistung von monatlichen Beiträgen das deutsche Schauspiel für Argentinien zu fördern. Mit der Durchführung des Planes wurde der langjährige Leiter von deutschen Theaterunternehmungen im Auslande, Theodor Burgarth, betraut, der sich als Direktor eines deutschen Schauspiels in Rumänien und des Stadttheaters in Saarbrücken, sowie als Leiter des deutschen Schauspiels in New York bereits bewährt hat. Wenn eine genügende Anzahl von Einzeichnungen zusammenkommt, soll ein vollständiges Ensemble aus Deutschland zusammengeführt werden. Eine Reihe bekannter Werte von Goethe, Werharr Hauptmann, Wien, Trindberg, Hermann Bahr und andere sollen zur Aufführung gelangen.

Der Kampf um den Professoren-Titel. Der „Professor“ wurde bis 1918 sehr häufig verliehen, nicht nur als Amtsbezeichnung, sondern auch als Titel. Durch die 1918 erfolgte Abschaffung aller Titel, die nicht Amtsbezeichnungen sind, wurde der Titel der Professoren etwas eingeschränkt. Aber die letzten Jahre haben allerdand Wandel gebracht. Eine Entschliessung des Reichspräsidenten Hochschulgesetz bestimmt, daß die Bezeichnung Professor kein Titel, sondern eine Amtsbezeichnung für den bewährten Hochschullehrer ist; sie könne nicht gleichzeitig anderen Berufen als Titel gewährt werden. Gegen die Verleihung der Dienstbezeichnung Professor an die Beamten von Forschungsanstalten, deren Hauptaufgabe die wissenschaftliche Forschung ist, hat der Hochschulverband nichts einzuwenden.

Regungen der meteor. Station 421.

(Oberrealschule Riesa).
15. März 1925: 2,7 mm Niederschlag.
16. März 1925: 0,5 mm Niederschlag.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Mitteldutsche Fußball-Meisterschaft.

Waid Waid gegen Kaiser 20:7:0.
Die übrigen Spiele endeten wie folgt:
Halberstadt, F. C. Germania 1900 Halberstadt — S. V. 09 Staßfurt 2:3 (1:3).
Dessau, S. V. 02 Coblen-Griffelt-Viktoria Magdeburg 0:5 (0:2).
Wittenberg, F. C. Gertha 09 Wittenberg — F. C. Wacker Halle 2:12 (0:3).
Leis, 1. S. V. Jena — F. C. 07 Laucha 5:0 (4:0).
Erfurt, Spielvereinigung Erfurt — S. V. 01 Gotha 1:2 (1:1).
Leipzig, V. f. B. Leipzig-Spielvereinigung Falkenstein 16:0 (6:0).
Chemnitz, Chemnitzer B. C. — Sportvereinigung 07 Meerane 4:2 (2:2).

Handball.

RTV Riesa 1. und 2. Mannschaft spielten am Sonntag zum Beispiel in Strehla. Das schlechte Wetter machte den Platz fast unspielbar. Vom Tu. Strehla wurde für den Sieger ein Diplom ausgelost. Es entspann sich ein harter Kampf. Die 1. Mannschaft, mit 2 Mann Ersatz, war gleich vom Beginn des Spieles an überlegen. Engelsdorf, den Wind im Rücken, kommt selten zum Schuß. In der 10. Minute schießt Engelsdorf das erste Tor. Riesa spielt mutig weiter, muß sich aber noch drei weitere Tore gefallen lassen. Nach der Halbzeit zeigte sich wieder die Überlegenheit der Riesaer. Engelsdorf ist jetzt eingeschlossen. Riesa kann jedoch keine Tore schießen, da der Gegner das Diplom mit hartem Kampf verteidigt. Die RTV'er geben ihr Bestes her, um das Spiel noch als ein Beispiel hoch zu halten. Beim Schlußpfiff steht das Resultat 4:1 für Engelsdorf.

Die 2. Mannschaft spielte gegen die gleiche von Engelsdorf und konnte nach Ablauf der 2>30 Minuten ein Unentschieden (1:1) herauskufen. Nach Verlängerung des Spieles um 10 Minuten ist das Resultat unändert geblieben. Die Mannschaft verzichtete auf das Diplom.
Die 1. Jugend war spielfrei. ES.

Eröffnung

der Berliner „Volkstraft“-Ausstellung.

In den großen Hallen des Landesausstellungsparks am Lehrter Bahnhof wurde am Sonnabend die „Volkstraft“-Ausstellung für Spiel, Sport, Turnen und Wandern eröffnet, die in großartiger Weise einen umfassenden Überblick über die Entwicklung und den Stand der Leibesübungen gewährt. Sämtliche Turn- und Sportverbände sind mit Sonderausstellungen vertreten. Die Stadt Berlin wird in anschaulicher Weise das Nischenmaß von Arbeit, das ihre Bewohner auf dem Gebiete der Leibesübungen und Jugenderziehung geleistet haben, zur Kenntnis ihrer Bürger bringen. Wohl den breitesten Raum nehmen der Flugport und der Wasserport ein. In der großen Mittelhalle sind die Flugzeuge untergebracht, von denen die Segelflieger aus der Röhre das größte Interesse erregen. Unweit davon haben die Ruder- und Segelboote Ausstellung gefunden. Wer sich für den Bootbau interessiert, kann in einer Werkstatt, sofern er die Ausstellung des öfteren besucht, den Werdegang eines Bootes, das während der Ausstellung gebaut wird, genau verfolgen. Eine Sensation für sich ist die Ausstellung zahlreicher Schiffsmobile, die den Berlinern die Entwicklung des Schiffbaues von Kolumbus bis zum Flettner vor Augen führen sollen. Da werden die Karakollen, die einst Venedigs Ruhm verkündeten, ferner holländische und englische Kausfahrtschiffe, die „Santa Maria“, mit der Kolumbus den Weg nach Amerika fand, dann das Modell des neuen „Kolumbus“, der Flettner-Rotor und die Nachbildungen der neuesten Seekreuzer gezeigt. Die Sportwissenschaft wird ferner durch die Wanderausstellung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, die in den vorherigen Räumen beheimatet ist, in würdiger Weise unter Mitwirkung der beiden Hochschulen für Leibesübungen repräsentiert.

Eingefandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die vorgelegte, nicht die ideale Verantwortung.)

Zur Frage der Eisenbahnerlöhne

Geht uns von beteiligter Seite folgende Erklärung an:
„Auf Ihren Bericht „Eisenbahnerlöhne“ möchte ich zur Orientierung der Öffentlichkeit Ihnen folgenden Bericht über die Lohnverhältnisse der Eisenbahner in Riesa stellen:

Ein über 24 Jahre alter Streckenarbeiter, verheiratet und 1 Kind, in Riesa erhält einen Tagelohn von	3,52 Mark
Dieses beträgt in der Woche	21,12 „
Dazu kommt noch Frauen- und Kinderzuschlag in der Woche	3,24 „
Das sind in Summa	24,36 Mark
Davon gehen ab an Steuern, Krankenkasse usw. ungefähr	3,00 Mark
Bei der Dienstreise bleiben die Restbeträge bis Monatsende	0,86 „
Demzufolge wird ein Wochenlohn von	21,00 Mark

Was die Akkordarbeit anbetrifft, hat die Verwaltung die Sache schon so festgelegt, daß man, trotz allem Eifer, garnicht dazu kommt, ein paar Pfennig mehr zu verdienen. Trotzdem der Streckenarbeiter kein Geldernte ist — der Einkommen dieser Stellen ist beispielsweise schon 10 Jahre an der Eisenbahn verpfändet — und jede vorkommende Arbeit selbstständig und perfekt durchführt und trotzdem noch für Unfälle und sonstige Vorkommnisse verantwortlich gemacht wird, ist meines Erachtens nach ein langjähriger Streckenarbeiter einem gelernten Arbeiter gleichzustellen. H. Sch.

Handel und Volkswirtschaft.

Eröffnung der Reichs-Gastwirtschaft in Berlin. Gestern mittags wurde in der alten Autohalle am Kaiserbaum die Reichs-Gastwirtschaft eröffnet, die der Deutsche Gastwirtschaftsverband gemeinsam mit dem Berliner Weinhändlerverband herangebracht und die damit in den Kreis der Berliner Gastwirtschaften eingegliedert ist.

Eröffnung der Breslauer Messe. Gestern wurde um 11 Uhr vormittags ohne besondere Feierlichkeit die Breslauer Messe eröffnet. Die Messe ist außerordentlich gut besucht. Das Geschäft steht gleich nach Eröffnung recht lebhaft ein. Auf der diesjährigen Messe ist das neue, neu erbaute Messehaus zum ersten Male in Benutzung genommen worden.

20prozentige engl. Reparationsabgabe. Die sächsischen Handelskammern haben sich im Interesse einer erleichterten Ausfuhr nach England wiederholt für eine Änderung des Verfahrens bei der Erhebung der 20prozentigen englischen Reparationsabgabe ausgesprochen und eine Abänderung dieser Abgabe beantragt, wenn nicht eine völlige Aufhebung zu erreichen ist. Die Verhandlungen hierüber verzögern sich zum Schaden von Handel und Industrie leider sehr. Wie die Kammerer daher teilweise schon früher dafür eingetreten sind, daß mit keinem Staate endgültige Handelsverträge abgeschlossen werden sollten, die die deutsche Ausfuhr mit einer Reparationsabgabe belasten, so darf nach ihrer Ansicht auch an eine Ratifikation des deutsch-englischen Handelsvertrages zum mindesten nicht eher gedacht werden, als bis die Frage der Abänderung der 20prozentigen engl. Reparationsabgabe durch Abschluß eines Abkommens geklärt worden ist. Die sächsischen Handelskammern wüßten sich in diesem Sinne erneut in dringlichen Eingängen an die zuständigen Behörden und baten diese, auf eine Änderung des Verfahrens bei der Erhebung der 20prozentigen englischen Reparationsabgabe und auf den baldigen Beginn von Verhandlungen hierüber vor der Ratifikation des deutsch-englischen Handelsvertrages hinzuwirken.

Marktblätter.

Auf dem Großenbäcker Wochenmarkt stellten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Weizen 10-30 Pf.; Butter, das Stück 1,15 M.; Eier, das Stück 12 Pf.; Schmalz in R. 40 Pf.; Kartoffeln 4 Pf.; Grünbohnen 20 Pf.; Blumenkohl, der Kopf 30-35 Pf.; Kohlrabi 10 Pf.; Rotkraut 15 Pf.; 15-20 Pf.; holländisches 20 Pf.; Weikraut, tiefes, 10 Pf.; fremdes 15 Pf.; Meerrettich, 1-1,20 M.; Röhren 10 Pf.; Kapuziner 50-60 Pf.; Sellerie 20-25 Pf.; Zwiebeln 20-25 Pf.
Austich festgelegte Preise an der Produktendörfer zu Berlin am 14. März. Getreide und Cerealien pro 100 kg, samt pro 100 kg. (In Goldmark der Goldmark oder in Rentenmark.) Weizen, märkischer 248-251, pommerischer —. Roggen, märkischer 229-232, mecklenburgischer —, westpreussischer —. Gerste, Futtergerste 210-223, Sommergerste 235-255. Hafer, märkischer —, pommerischer —, westpreussischer —. Mais, loco Berlin —, Wagon frei Hamburg 205, Weizenmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad (feinstes Marken Weizenmehl) 32,50-35,25. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad 32-34,25. Weizenmehl, frei Berlin 13,80-14. Roggenmehl, frei Berlin 14-14,30. Waps 390-395. Weizenan —. Rüböl, märkischer 25-30, kleine Weizenan 20-22, Futtererben 19-20. Weizenan 18-19. Ackerbohnen 19-20. Bohnen 18,50-20. Lupinen, blaue 12,25-13,50, gelbe 14,50-16. Serradella alte —, neue 14,25-16,50. Weizenan 16,50-18,50. Weizenan 22-22,50. Trockenmais 9,50-9,60. Weizenan 19-19,20. Weizenan 30/70 9,20. Weizenan 19-19,20.

Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten

Ehrenerklaerung!
In Bezug auf die Gerichtsverhandlung vom 2. Januar bemerke ich, daß ich unüberlebensweise den Ausdruck „Familie“ gebrauchte. Damit fühlten sich Familien-Angehörige beleidigt, welches ich bedauere. Es waren damit Frau Helene Melde und Frau Hofmann gemeint. G. Hebertwirth, Gröba, Kirchstraße 17.

Schlüsselbund
am Freitag verloren. Bitte abg. Schlüsselstr. 7.

Zum ges. kinderloses Ehepaar sucht per gleich oder später freundliches und geräumiges

Wohn- u. Schlafz. Zimmer
ohne Küchenbenutzung od. andere Belastung. Angebote an den Portier im Söchl. Hof oder unt. Z 2100 an das Tagesblatt Niefa.

Ein- möbl. Zimmer frei.
Su erf. im Tagesbl. Niefa

Möbl. Zimmer
für sol. gesucht. Off. unt. X 2308 an das Tzbl. Niefa.

Wohn- u. Schlafz. Zimmer
für ein 1. Herren- und Damen-Spezial-Geschäft, nicht unter 18 Jahren, zum 1. April. Offerten mit selbstsch. Lebenslauf erbet. unter Y 2399 an das Tagesblatt Niefa.

Mädchen
Suche zum 1./4. ein kräft. gut empf. für m. Haushalt, im Kochen bewandert, bei monatl. Mt. 50.— Lohn u. angen. Stellung. Vorstellung m. Zeugn. erw. Fahrgehalt wird vergütet. **Frau Anna Kroll**, Chemnitz, Mühlentstraße 19, 1.

Schriftsetzer
für Zeitung sofort gesucht. **Rieser Tageblatt.**

Sauberes möbl. Wohn- u. Schlafz. Zimmer evtl. auch 1 Zimmer an anst. Herrn ab 1. 4. zu vermieten.
Su erf. im Tagesbl. Niefa.

Das Rieser Tageblatt ersetzt

Jedem Bezueher den Bezug von Großstadt-Zeitungen, weil es seine Meldungen gleich der Großstadt-Pressen durch „Radio“ erhält. **Anerkannt gute und schnelle Berichterstattung.**

Bestellungen für April 1925 werden schon jetzt von allen Postämtern entgegengenommen.

Lehrfräulein
für ein 1. Herren- und Damen-Spezial-Geschäft, nicht unter 18 Jahren, zum 1. April. Offerten mit selbstsch. Lebenslauf erbet. unter Y 2399 an das Tagesblatt Niefa.

Mädchen
Suche zum 1./4. ein kräft. gut empf. für m. Haushalt, im Kochen bewandert, bei monatl. Mt. 50.— Lohn u. angen. Stellung. Vorstellung m. Zeugn. erw. Fahrgehalt wird vergütet. **Frau Anna Kroll**, Chemnitz, Mühlentstraße 19, 1.

Sauberes möbl. Wohn- u. Schlafz. Zimmer evtl. auch 1 Zimmer an anst. Herrn ab 1. 4. zu vermieten.
Su erf. im Tagesbl. Niefa.

Kammerjäger Röder
kommt, vertikal Augenleier aller Art reiflos unter schriftl. Garantie. Vertellungen mache man, indem man sich sofort in der Geschäftsstelle des Rieser Tagesblattes meldet oder unter Offerte „Kammerjäger Röder“ an die Geschäftsstelle.

Die Zeitungs-Anzeige
übertrifft an Schnelligkeit alle übrigen Reklamarten

Das verbilligte Waschen
unter größter Schonung der Wäsche kann nur erreicht werden, wenn dauernd **Lochmann'sche reine Kern- u. Schmierseifen** Lochmann'sches Salmiak-Terpenin-Seifenpulver und Seifenschälzel verwendet werden. **Lochmann'sche Döcker-Waschmittel** bewährt seit alterer Zeit. Verkaufsstellen durch Blafate kenntlich.

1 Magd
nicht unter 17 Jahren sucht per 1. April, auch durch Vermittlung **Cewin Dantke, Oynda.**

Einzelnes ordentliches Dienstmädchen
wird per sofort gesucht. **Gröba, Mühlweg 14, 1.**

6 Wochen altes Kind in gute Pflege zu geben.

Auskunft bei **V. Genscheil** Ziebla, N. Dörfmann 87.

Für meine Stütze
suche ich für die Vormittagsstunden noch ein **Aufwartemädchen** für sofort. **Frau Kaufmann Preih** Holtenplatz 10a.

Für einen besseren Haushalt in Wittweida wird **1 älteres Mädchen** für den Haushalt gesucht. Vorzugl. Rosenplatz 2, 2, bei Hofmann.

Suche für 1. April ein **besseres Mädchen** für Haushalt, nicht unter 18 Jahren, welches schon in Stellung war, bei hohem Lohn und guter Behandlung. Offerten zu richten an **Frau Richard Hasse** Wittweida, Markt 14 Auto- u. Maschinenhaus.

Verheirateten **Geschirrführer** stellt ein **Subgeschäft Schulze** Gröba.

Sichten-Stangen Zaunmaterial
eichene Säulen, ficht. Stengel und Hiegel **Boumpfähle** verkaufen billig **Robert Hauswald & Co.** — Fernsprecher 131. —

Gundula.

Roman von H. von Trystedt.

18. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Bera hatte mißtrauisch und ungeduldig zugehört. Was du für Ideen hast, Mädchen, es ist nicht zu sagen! Ich sollte mich in dieser Einsamkeit vergraben, nur damit du eine Gesellschafterin bekommst? Danke bestens! Papa weiß doch, daß Paris das Ziel unserer Sehnsucht ist. Aber ich glaube zu verstehen! Er will die kostspielige Reise vermeiden, und als Entschädigung dafür bietet er mir meine Gesellschaft? Ein gottvoller Plan, den ihr da ausgehebt habt, nur schade, daß er mir so wenig verlockend erscheint. Ich bestreite auf meiner Reise nach Paris.

Darum hat Papa mir gar nichts gesagt, entgegnete Gundula, gewaltsam ihre Empörung über Bera's Verhalten bekämpfend, „und sicher werdet ihr doch erst im Herbst reisen. Bis dahin sind noch mindestens acht Wochen.“ „Und du glaubst, daß ich mit dieser langen Zeit nichts Besseres zu beginnen weiß, als mich hier, fern von aller Welt, zu Tode zu langweilen? Nein, Schätzchen, daraus wird nichts.“

„Ganz so öde, wie du es dir vorstellst, ist es wirklich nicht,“ widersprach Gundula, trotzdem sie ihre Sache bereits verloren gab, „es gibt auch, wie ich dir schon sagte, in einer kleinen Stadt so manche hübsche Abwechslung, um wir würden es uns angelegen sein lassen, dich zu erheitern und zu gereuen, nicht wahr, Herr Baron?“

Aber Stefany war weitergegangen und hatte wohl nur den kleinsten Teil von dem gehört, was zwischen den jungen Mädchen gesprochen worden war.

„Gib dir keine Mühe weiter, Gundula,“ sagte da die Stiefschwester mit ganz veränderter, feindseliger, harter Stimme, „ich komme zu dir nicht längere Zeit auf Besuch, auch dann nicht, wenn du mitten in dem geräuschvollen, göttlichen Paris Wohnung nehmen würdest.“

„Dann freilich,“ meinte Gundula in erstarrtem Ton, gewaltsam die Tränen zurückdrängend, die ihren Blick umdunkelten, „dann freilich — ich hatte es mir so schön gedacht.“

Bera erkannte recht wohl, daß sie ihre Stiefschwester jaeben beleidigt, sie unerhört behandelt hatte, aber sie hielt es nicht der Mühe wert, um Entschuldigung zu bitten oder wenigstens den Eindruck ihrer Worte zu mildern.

„Daß gut sein, Gundula,“ sagte sie, „wir werden uns doch niemals verstehen, da wäre es doch töricht, wollten wir monatelang beieinanderbleiben und uns gegenseitig zur Last fallen. Wir kommen am besten aus, wenn viele Meilen zwischen uns liegen. Und nun wollen wir uns rüsten. Unser Zug fährt punkt acht Uhr.“

Sie entfernte sich rasch. Gundula sah den Baron achselzuckend an. „Ich habe getan, was ich konnte. Sie haben nun selbst gehört, daß alle Heberredung bei Bera nicht hilft. Sie geht ihre eigenen Wege.“

Er hatte der schlanken, stolzen Gestalt sinnend nachgeschaut. „Es ist schade um sie,“ sagte er, „aufrichtig aber bedauere ich, Ihnen diese unfreundliche Abfertigung durch meine Schuld bereitet zu haben.“

„O nicht doch, Sie meinten es so herzlich gut mit Bera, und es tut mir furchtbar leid, Ihnen nicht nützen zu können. Aber geben wir noch nicht alles verloren, vielleicht ändert sich der trostige Sinn meiner schönen Schwester eines Tages noch; sie ist nicht so oberflächlich, wie es den Anschein hat, Papa sagt es auch.“

Schweigend gingen sie zu den anderen zurück. Etwas Undefinierbares stand plötzlich zwischen ihnen, sie konnten nicht mehr so freimütig sprechen wie bisher.

Unterdessen hatten auch die beiden älteren Herren eine ernste Unterredung.

„Gundula sieht auffallend leidend aus,“ sagte Eide besorgt, „selbstredend habe ich es sie nicht merken lassen, bester Schwager, aber bei ihrem Anblick packt mich die furchtbare Angst, daß auch sie dem tödlichen Leiden erliegen könne, das meine teure, heißgeliebte Frau dahingerafft.“

„Du hast recht, Wilhelm, es muß Gundula irgend etwas fehlen, sie ist verändert seit einigen Tagen, aber zu ernstlicher Sorge ist absolut kein Anlaß, darauf kannst du dich verlassen. Auf meinen ausdrücklichen Wunsch ließ Gündel sich vor einigen Monaten, als wir in Wien waren, von einer Kapazität ersten Ranges gründlich untersuchen. Und der Herr Professor gab mir die ehrenwörtliche Versicherung, daß das Mädchen kerngesund ist und nur noch ihr zartes Aussehen an die Mutter erinnert. Die Lunge ist durchaus normal und kräftig entwickelt, und ebenso der Brustkasten. Sie hat es durchaus nicht nötig, sich irgendwelche Schonung aufzuerlegen, sondern kann eventuell unbeschadet sich etwaigen Strapazen aussetzen.“

„Das nimmt mir einen Stein vom Herzen, lieber Otto, und ich kann dir nicht genug danken für deine treue Fürsorge um meinen Liebling. Denn, daß ich es nur offen gelte, sie ist, wie einst Klara es war, noch immer mein Abgott, trotzdem ich ihr entfremdet bin und von ihrem Innenleben nur wenig noch weiß.“

„Vielleicht wirst du über kurz oder lang in die Lage kommen, Gundel wieder unter deinen persönlichen Schutz nehmen zu müssen.“

„Wie das? Regt sich die Lust zu einem abenteuerlichen Leben wieder in dir?“

„Das weniger. Aber man kann ja niemals wissen, wie es kommt. Ich habe mein Haus bestellt. Gundula ist meine Universalerbin — nach meinem Heimgange ein reiches Mädchen. Willst du mir versprechen, Gundula nach meinem Tode wieder zu dir zu nehmen? Ihre Vereinstimmung macht mir so große Sorge; sie neigt sehr dazu, sich von den Menschen abzuschließen, und das taugt nicht für ein junges Mädchen. Du brauchst nicht zu fürchten, daß dir Ungelegenheiten aus Gundulas Anwesenheit erwachsen; sie ist ja kein Kind mehr und sicher tatvoll genug, um allen Konflikten in deinem Hause sorgsam aus dem Wege zu gehen.“

Aber mein lieber, bester Otto, was sind das für Reden! Selbstverständlich kann Gundula jederzeit in das Haus ihres Vaters zurückkehren, und gegebenenfalls werde ich meine jüngste Tochter zu schützen wissen. Ich bin doch kein Pantoffelheld, wenn ich auch den Frieden über alles liebe und aus diesem Grunde meine Frau nach Gefallen schalten lasse. Gundula ist mein Herzenskind, und ich wäre glücklich, sie wieder in meiner Nähe zu haben. Nur um diesen Preis möchte ich es nicht. Der Himmel erhalte dich uns noch lange, das ist mein aufrichtiger Wunsch.“

„Ich danke dir, Schwager. So wäre auch diese Angelegenheit geordnet, die mir schwer auf der Seele lag. Mühselig läßt sich so etwas immer besser erledigen als schriftlich.“

„Gewiß. Ich an deiner Stelle würde freilich nicht den Teufel an die Wand gemalt haben. Aber nun, mein Freund, müssen wir aufbrechen, es ist die höchste Zeit, wenn wir unseren Zug noch erreichen wollen.“

Eine Viertelstunde später fuhr der Bankier in dem neuen Automobil seines Schwagers zur Bahn.

Bera winkte lachend mit dem Luge: „In zehn Jahren sehen wir uns wieder!“ rief sie lachend zurück, offenbar froh darüber, daß der Besuch überstanden war.

13. Kapitel.

Schloß Chatelaine liegt auf einer waldigen Anhöhe im nördlichen Frankreich. Ein ziemlich steiler, beschwerlicher Weg führt hinauf. Und wehte im Tal die Oktoberluft milde und erquickend, so strich hier oben ein eisiger Ost über kahle Felsvorsprünge, die mit niedrigem Heidekraut spärlich bedeckt waren.

In der Mittagsstunde war der Weg, welcher stellenweise an steilen Abgründen vorbeiführte, ziemlich belebt. Einige Boten, welche Lebensmittel im Schlosse abzuliefern hatten, waren unterwegs, ebenso der Postbote und ein kleiner Trupp Reisender, denen man die herrliche Aussicht ins Tal gerührt hatte.

Unter ihnen befand sich auch der Bankier Eide aus Berlin. Ihn führte aber noch ein anderer Zweck dort hinauf, als Naturschönheiten zu bewundern. Eide hatte seiner Gattin die längst versprochene Reise nach Paris bewilligt, seinen Damen selbst dorthin das Geleit gegeben und zwei volle Wochen mit ihnen zusammen Theater, Galerien und Salons besucht.

Nun rief die Pflicht ihn heim. Seine Damen aber hatte er unter dem Schutze eines Kavalliers, des Herrn von Chatelaine zurückgelassen, welcher sich ihnen schon auf der Reise nach Paris angeschlossen hatte und seitdem ihr ständiger Berater und Begleiter gewesen war.

Anatole de Chatelaine hatte von der ersten Stunde ihrer Bekanntschaft an ein feuriges Interesse für Bera ganz unverborgen zur Schau getragen. Ihre Schönheit, ihr Geist schienen ihn unidlich gefesselt zu haben; denn sie behandelte ihn oft sehr schlecht, war launisch und unberechenbarer ihm gegenüber, denn je. Ihn aber schien das nicht anzufachen, er warb mit einer bewundernswerten Langmut und Pärtlichkeit um die reizende Tyrannin. So viel Ergebnisse schien ihr Herz endlich zu rühren; denn als Chatelaine ihr einen Antrag machte, wies sie ihn nicht zurück.

Er schien überglücklich, daß sie ihn erhörte und gab seiner Freude in der feinsten eigenen Leidenschaftlichkeit Ausdruck. Er ließ sich durchblicken, daß er zu den reichsten und angesehensten Kavallieren des Landes gehöre und später mit seiner Gattin auf dem Schlosse seiner Väter, dem alten, wettertesten Chatelaine, Jagd- und andere Feste zu halten gedente, von denen, wie in früheren Jahren, die ganze Umgebung sprechen sollte.

Diese Ausichten, eine glänzende, hervorragende Rolle in der ersten Pariser Gesellschaft zu spielen, befriedigten Bera ungemein, und sie hatte sich bereits in leuchtenden Farben das Leben aus, welches sie als Schloßherrin führen würde. Sie war ihrem heimlich Verlobten gegenüber — Anatole hatte bei Eide in aller Form um Bera's Hand angehalten — jetzt nicht mehr so spröde und taprizios wie früher, wenn sie ihn auch immer noch liebte, daß er es sich zur Ehre schätzen konnte, von ihr bevorzugt zu werden.

Eide aber hatte bei dieser ganzen Sache seine eigenen Gedanken.

Ein Etwas in dem Wesen des jungen Mannes riefte dem weiterfahrenen Bankier Mißtrauen ein. Er äußerte sich darüber weder seiner Gattin, noch Bera gegenüber, aber er beschloß, auf seiner Rückreise nach Berlin heimlich und in aller Stille zu erforschen, ob ein Schloß Chatelaine existiere.

Zu seiner Benugung erfuhr er alsbald, daß Schloß Chatelaine zu den ältesten und imposantesten Burgen gehöre, die Frankreich aufzuweisen habe, und daß der letzte Sproß der Adelsherren ein sehr reicher, gutberzelter und von seinen Untergebenen vergötterter, bei den Standesgemessen hochangesehener hngar Aristokrat sei.